

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1,60 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 1,20 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung- und 12 Pf. Postbeleggebühren. Auslandabonnement 6.- M. pro Monat.

Der 'Vorwärts' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel 'Der Abend', 'Illustrierte Beilage', 'Wort und Welt' und 'Kinderfreund', 'Jugend-Unterhaltung und Wissen', 'Frauenstimme', 'Lehrling', 'Bild in die Arbeiterwelt' und 'Jugend-Vorwärts'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Reparationslast 40 Pfennig, Restloze für 4.- Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' des einseitigen Wort 10 Pfennig (zwei- und dreiseitige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig, Größere Anzeigen des einseitigen Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9/1 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köpenick 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollf 65, Et. B u. Diek-Gel. Postkontosache Lindenstr. 3.

Schafft Arbeit!

Die Spitzenkonferenz der Partei und der Gewerkschaften an Parlament und Regierung.

Eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Spitzenkörper der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften besaßte sich am Dienstag mit den wachsenden Notständen, die durch die außerordentlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Es herrschte Einmütigkeit, daß die folgenden Maßnahmen als vorrangig anzusehen sind:

Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln ist die

Kapitalzufuhr aus dem Ausland

eine notwendige Voraussetzung der Besserung. Deshalb muß die sofortige Beseitigung aller inländischen Hemmnisse verlangt werden, die gegenüber Anleiheaufnahmen bestehen, die auf Grund des Vertrauens ausländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen eine wesentliche Belebung des Baugewerbes und der mit ihm verbundenen Industrien erzielt werden. Um weiteren Industriezweigen Beschäftigung zu schaffen, sollen

Reichsbahn und Reichspost

im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlaßt werden. Die Aufträge für Bauwerke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umgehend erfolgen kann.

Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsmöglichkeiten, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten, muß bei der Gestaltung des Reichshaushalts

der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung

unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuregelung.

Die immer noch rapid zunehmende Arbeitslosigkeit bringt nicht nur Sorgen in den Haushalt des Arbeiters und Angehörigen. Sie ist zu einer ersten Sorge der Staatspolitik geworden. Das im ganzen glückliche Werk vom Haag muß seine die Wirtschaft belebende Wirkung verfehlen, wenn nicht der Staat alle Kraft daran setzt, sofort alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Industrie von Aufträgen absperrt und das nach Arbeit rufende werktätige Volk an der Arbeit hindert. Der Appell der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt der Roten der Stunde und den Notwendigkeiten des Augenblicks Ausdruck.

Der Appell der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften an die öffentlichen Gewalten im Reich zeigt aber auch den Weg. Deutschland weiß seit der Unterschriftsleistung im Haag, mit welchen Reparationslasten endgültig zu rechnen ist. Der psychologische Druck der ungelösten Reparationsfrage, der die Wirtschaftshemmnisse hemmt und nicht zuletzt auch die Erzielbarkeit der in- und ausländischen Kapitalmärkte verringert, ist gewichen. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands im Ausland ist hergestellt. Der amerikanische und der französische Kapitalmarkt wartet auf die deutsche Kapitalnachfrage. Die allgemeinen Finanzschwierigkeiten in Deutschland, besonders die der Städte, die nicht aus ungeübten, sondern aus natürlicherweise schwachen Finanzen sich erklären, brauchen kein Hemmnis für die Arbeitsbeschaffung mehr zu sein. Regaler, produktiver Anleihebedarf kann sich, nachdem die Haager Verhandlungen für die Länder und Kommunen sowie deren Unternehmungen den ausländischen Kapitalmarkt offengelassen haben, sofort in Aufträgen für die Bauwirtschaft auswirken, von wo aus eine Belebung der Gesamtwirtschaft automatisch sich durchsetzen kann.

Reichsbahn und Reichspost haben wie die deutschen Städte dem natürlichen Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung nicht ausreichend Rechnung tragen können. Sie können es jetzt. Das Haager Kommerzialisierungsabkommen

weist der Reichsbahn und der Reichspost gemeinsam einen Betrag von 100 Millionen Dollar oder rund 400 Millionen Mark aus dem Erlös der Gesamtanleihe zu. Nach letzten Rechnungen aus New York hält die amerikanische Bankwelt die Auflegung der großen Kommerzialisierungsanleihe bereits in acht Wochen für möglich. Der französische Kapitalmarkt ist seit vielen Monaten auf diese Anleihe vorbereitet worden. Reichsbahn und Reichspost haben deshalb keinen Grund, mit der Vergebung der Aufträge auch nur einen Augenblick zu warten. Die Bevorzugung der mit den Unterschritten im Haag gesicherten Anleihe ist eine technische Angelegenheit. Der ausländische und auch der deutsche Geldmarkt ist so reichlich und billig, daß Reichsbahn und Reichspost sofort ohne Zeitverlust zugreifen können. Die hier mögliche augenblickliche Belebung der Wirtschaft kann für den Umschwung der Wirtschaftsentwicklung geradezu entscheidend werden, wenn nur sofort gehandelt wird.

Genau berechtigt ist die Forderung an die öffentlichen Körperschaften, die für Bauwerke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten vorweg zu verabschieden. Seit Jahren arbeiten Reich, Länder und Kommunen daran, die nur mit dem Lauf des Etatsjahres von April zu April sich ergebenden Häufungen öffentlicher Bauten in ohnehin arbeitsreichen Jahreszeiten zum Ausgleich der Konjunktur besser zu verteilen. Nie war eine Vorwegnahme solcher Arbeiten zweckmäßiger und dringender als jetzt.

Freilich — der beste Wille zum Wirtschaftsaufbau und zur schnellen Arbeitsbeschaffung kann an innerpolitischen Faktoren scheitern, die, politisch niemanden verantwortlich, unverantwortlich großen Schaden anrichten können. Wir meinen die Politik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die die Ballung der letzten hochernsten Lage eigentlich erst hervorgerufen hat. Gegen diese Faktoren müssen Garantien geschaffen werden, und zwar bald. Diese Garantien sind eine der wichtigsten Voraussetzungen, ohne die die beste Wirtschafts- und Staatspolitik, weil ihr jede Kontinuität fehlen muß, zum Scheitern verurteilt wäre.

Mit unserem Kampf gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht beschäftigt sich die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei in längeren Ausführungen. Sie ist weit davon

Hindenburgs Dank und Anerkennung. Nach einem Vortrag von Curtius.

Amlich wird gemeldet: Reichsanwalt Dr. Curtius erstattete heute nachmittag dem Herrn Reichspräsidenten in ausführlichem Vortrag Bericht über die Verhandlungen der Konferenz im Haag. Der Herr Reichspräsident sprach nach Entgegennahme des Berichts dem Reichsanwalt Dr. Curtius und der bayerischen Delegation seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Arbeit und ihre Haltung aus.

Für die Deutschnationalen und ihre rechtsradikalen Bundesgenossen ist diese amtliche Mitteilung ein neuer schwerer Schlag. Noch gestern sprachen nationalistische Blätter die Erwartung aus, daß Hindenburg es ablehnen würde, das Haager Ergebnis, das angeblich neue Belastungen und Demütigungen für Deutschland in sich schließt, zu decken. Statt dessen spricht er dem Leiter der Delegation und seinen Mitarbeitern „seinen Dank und seine Anerkennung“ aus.

Es bleibt demnach den Hugenbergern nichts anderes übrig, als wieder einmal zu behaupten, daß Hindenburg bewußt falsch unterrichtet worden sei. Aber diese abgedrohtene Ausrede verfangt nicht mehr. Wieder einmal hat der „Retter“, als den die Schwarz-Weiß-Roten einst Hindenburg zum Staatsoberhaupt wählen ließen, „versagt“. Sie müssen sich in Ermangelung der Hilfe des Reichspräsidenten Hindenburg nunmehr an den Reichsbankpräsidenten Schacht halten.

Heute Dauer Sitzung des Kabinetts.

Das Reichskabinett tritt heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Ergebnissen der Haager Konferenz beschäftigen wird. Die Sitzung wird voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

entfernt, das törichte Gerücht jener mitzumachen, die da behaupten, die Sozialdemokratie wüßte aus der Regierung auszuschneiden und bediene sich dabei des Falles Schacht als Vorwand. Aber eben, weil sie das nicht glaubt, findet sie unteren „über alle Mahnen scharf geführten Feldzug“ nicht verständlich, denn es handle sich um ein Unternehmen, dessen „Fiasko“ von vornherein feststehe. Denn welche Fehler immer Schacht begangen haben möge — die bürgerlichen Parteien würden doch nicht die „katastrophale politische Torheit“ begehen, Herrn Schacht „auf Wunsch der Sozialdemokratie“ in die Wüste zu schicken.

Warum die Entfernung Schachts aus seinem Amte eine „katastrophale politische Torheit“ sein soll, wird nicht näher ausgeführt. Offenbar meint das Organ der Bayerischen Volkspartei, alle politische Weisheit bestehe darin, stets das nicht zu tun, was die Sozialdemokratie für richtig hält. Nach diesem einfachen Rezept wird ja in der bürgerlichen Mitte sehr häufig verfahren, und darum ist das, was wir hier zu sagen haben, eine Antwort nicht nur an die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, sondern auch an viele andere.

Ihnen sei zunächst dies gesagt: Als Partei haben wir von einem „Fiasko“ nichts zu befürchten. Das „Fiasko“ gehört vielmehr sozusagen zu unseren besten Parteitraditionen. Vor dem Kriege erlebten wir zum Beispiel ein „Fiasko“ nach dem andern, wenn wir für Demokratie und parlamentarische Systeme eintraten.

Hätte die bürgerliche Mitte mit uns erkannt, daß die Befreiung von Klassenwahlrecht und persönlichem Regiment für das deutsche Volk eine Lebensnotwendigkeit war, und hätte sie dementsprechend gehandelt, so wäre uns manches erspart geblieben. Aber die bürgerliche Mittel-Identifizierte sie sich etwa mit dem Klassenwahlrecht und dem persönlichen Regiment? O nein — aber mit der Sozialdemokratie zusammengehen, um Unhaltbares, Schädliches zu beseitigen, das konnte sie nicht, das hielt sie für „eine katastrophale politische Torheit“.

Im November 1908 nach dem „Daily Telegraph“-Interview waren die Dinge reif und überreif. Aber das Bürgertum hatte mehr Angst vor der Arbeiterklasse und dem Sozialismus, als Vaterlandsliebe. Darum blieb uns Wilhelm der Absoluten noch zehn segensreiche Jahre länger erhalten.

Vor dem Krieg wollte die Sozialdemokratie die Verständigung mit Frankreich und England. Sie erlebte damit ein „Fiasko“ nach dem andern. Und genau so erging es ihr während des Krieges mit ihrem Kampf gegen den unbedingten U-Boot-Krieg und den Annetionsismus. Fiasko über Fiasko! Denn die bürgerliche Mitte — sollte sie etwa den Wunsch der Sozialdemokratie erfüllen? Nein, diese „katastrophale politische Torheit“ beging sie nicht.

Die Folgen haben wir erlebt. Das „Fiasko“, das man uns angelündigt, schreckt uns also gar nicht, was unsere Partei angeht, aber es erfüllt uns mit Sorge, soweit es Deutschland betrifft.

Den Kampf gegen Schacht führen wir um Deutschlands willen als einen grundsätzlichen Kampf für die Volksherrschaft gegen die Diktatur der Hochfinanz. Und wir führen ihn abermals um Deutschlands willen als einen Kampf für die aufrichtige Verständigung mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern und für die ehrliche Erfüllung übernommener Verpflichtungen. Sieht die bürgerliche Mitte nicht, daß die Unterwerfung der deutschen Demokratie unter die Herrschaft des Bankkapitals eine nationale Schande ist? Und sieht sie, weiß sie nicht, daß sich Schacht durch sein ganzes Treiben als Mittelmann zwischen Deutschland und dem Ausland unmöglich gemacht hat? Ach, sie sieht das, sie weiß das — aber die Sozialdemokratie hat als erste diese Erkenntnis ausgesprochen und ihre Konsequenzen aufgezeigt. Grund genug, für besorgte Warner Finger und Stimme zu erheben: „Aufgepaßt, die Sozialdemokratie will etwas — nun tut gerade das Gegenteil!“

Wir wollen trotz der Prophezeiung aus München die Hoffnung nicht aufgeben, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien nach gründlicher Unterdrückung und Ueberlegung der sozialdemokratischen Forderung entsprechen und tun werden, was im Interesse des deutschen Volkes notwendig ist. Tun sie es aber nicht, so werden sie sich nicht beklagen dürfen, wenn man sie für den Schaden verantwortlich macht.

Unterbrochene Roggenverhandlungen.

Die Wirkung der russischen Roggenexporte.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die deutsch-polnischen Roggenausfuhrverhandlungen unterbrochen worden sind. Der deutsche Verhandlungsführer, der Reichskommissar für landwirtschaftliches Marktwesen, Genosse Dr. Baade, ist am Montag nach Berlin abgereist.

Ueber den Stand der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen, die auf die Schaffung einer Exportregulierung für deutschen und polnischen Roggen hinauslaufen, erzählt der „Soz. Pressedienst“, daß von einem Scheitern keine Rede sein kann. Die Interessenten in beiden Lagern bezeichnen die Situation noch wie vor als günstig und hoffen auf einen Erfolg der Besprechungen.

Es darf andererseits jedoch nicht verkannnt werden, daß die seit Wochen zu beobachtenden russischen Getreideexporte die Lage komplizieren. Exportiert wird von Rußland besonders Roggen. Es handelt sich um besten Kontinentalroggen, der hochwertiger als der deutsche bzw. der polnische Roggen ist. Wir beurteilen im übrigen die Lage so, daß die russischen Exporte die deutsch-polnischen Exportverhandlungen nicht unterbinden werden. Jedoch ist angesichts der russischen Exporte eine erhebliche Besserung der Roggenpreise zunächst selbst dann nicht zu erwarten, wenn die deutsch-polnischen Besprechungen in Kürze zu einem Erfolg führen sollten.

Brandenburger Wahlen.

Kampf um den Staatsrat.

Im Brandenburgischen Provinziallandtag fanden am Dienstag die Wahlen zum Preussischen Staatsrat statt. Es waren drei Listen eingereicht, die erste von der Brandenburgischen Heimatsliste (Deutschnationalen, Christlichnationalen Bauern, Deutsch-völkische Freiheitspartei, Stahlhelm) gemeinsam mit den Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei, die zweite von den Sozialdemokraten, die dritte von der Deutschen Volkspartei und dem Block der Mitte. Bei der Abstimmung entfielen auf den ersten Wahlvorschlag 43 Stimmen der genannten Parteien, auf den zweiten 29 Stimmen der Sozialdemokraten und auf den dritten 10 Stimmen der Deutschen Volkspartei und des Blocks der Mitte. Es sind somit zum Staatsrat gewählt: Rittergutsbesitzer Nicolas-Rostin (Heimatsliste), Goldschmiedemeister Höhne-Romowes (Wirtschaftspartei), Stadtrat Hänchen-Guben (Soz.), Stadtrat Priefert-Katzenow (Soz.), Fabrikbesitzer Rehr-Rothaus (Deutsche Volkspartei). Vom Wahlvorschlag II wurden zu Stellvertretern gewählt: Geschäftsführer Dör-Rothaus (Soz.) und Lehrer La Grange-Romowes (Soz.); zu Ersatzmännern Geschäftsführer Daug-Küstrin (Soz.) und Regierungsdirektor Wagner-Potsdam (Soz.).

Anschließend wurde die Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses vorgenommen. 44 Stimmen der Sozialdemokraten, des Blocks der Mitte und der Deutschen Volkspartei entfielen auf Landrat Dr. Swart-Landsberg a. d. M. (Deutsche Volkspartei), 43 der (Deutschnationalen) Heimatsliste, der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten auf Landrat v. Ronhart-Jülichow, den bisherigen Vorsitzenden des Provinzialausschusses, und 9 Stimmen auf einen kommunistischen Kandidaten. In der Stichwahl wurde Landrat Dr. Swart mit abermals 44 Stimmen zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt.

Bergehen gegen das Eigentum.

Erpressungsparagraf in neuer Fassung.

Der Strafsenatsausschuß des Reichstags beriet am Dienstag die Bestimmungen über Raub, Diebstahl und Mordraub, für welche Delikte (Entwendung von Sachen geringen Wertes aus Raub bzw. von Nahrungs- oder Genussmitteln oder Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauchs in geringer Menge oder von geringem Werte zum alsbaldigen Verbrauch für sich oder seine Angehörigen) der Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten oder Geldstrafe androht. Die Verfolgung soll nur auf Verlangen des Verletzten geschehen. In besonders leichten Fällen soll das Verbot von der Strafe ganz abgehen können.

Dr. Rolensfeld begründete einen Antrag auf Herabsetzung der Höchststrafe auf sechs Wochen, indem er darauf hinwies, daß auch das geltende Gesetz eine höhere Freiheitsstrafe als sechs Wochen nicht kenne. Wenn auch nach der Systematik des neuen Strafgesetzes Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten das Geübteste sei, so solle man doch um der Systematik halber nicht höhere Strafe festsetzen, als wegen der tatsächlichen Bedeutung des Delikts geboten sei.

Nach kurzer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

erner beschloß der Ausschuß auf sozialdemokratischen Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung des Feld- und Forstrechts vorzulegen.

§ 338 droht wegen Raubes Zuchthausstrafe demjenigen an, der mit Gewalt gegen eine Person oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben einem anderen eine fremde bewegliche Sache in der Absicht wegnimmt oder abnimmt, sich oder einen Dritten durch Zueignung der Sache zu bereichern. § 339 wurde in dieser Fassung angenommen.

Nach § 339 soll wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren derjenige bestraft werden, der in der Absicht, sich oder einen anderen unrechtmäßig zu bereichern, jemandem mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, die für das Vermögen des Geschädigten oder eines anderen nachteilig ist.

Abg. Dr. Rolensfeld erklärte an, daß durch die vorgeschlagene Formulierung jener Rechtsprechung endgültig ein Ende gemacht werden soll, welche vor dem Kriege zur Anwendung des Erpressungsparagrafen gegen die Arbeiterbewegung führte. Dadurch, daß der Gesetzentwurf als gefährliche Drohung in § 9 eine Drohung mit Gewalt voraussetzt, sei nunmehr ein Mißbrauch des Erpressungsparagrafen bei Streiks ausgeschlossen. Es sei erbreulich, daß gegen die jetzige Formulierung von niemandem mehr Widerspruch erhoben wurde, daß also der ganze Reichstag einig darin sei, der mißbräuchlichen Anwendung des Erpressungsparagrafen bei Streiks einen Riegel vorzuschieben.

Nach kurzer Debatte wurde § 339 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der Reichskanzler hat an die Witwe des Genossen Dr. Max Duara das folgende Beileidtelegramm gesandt: „Zum Tode Ihres Mannes, der auf so vielen Gebieten des öffentlichen Lebens fünf Jahrzehnte lang hervorragendes geleistet hat, dessen Name besonders in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik dauernd genannt werden wird, übermittle ich Ihnen den Ausdruck meines herzlichsten Beileides.“

Payer verläßt seine Partei.

Die Folgen der demokratischen Bürgerblockpolitik.

Die demokratische Landesvertretung Württembergs hat, wie wir mitteilten, mit geringer Mehrheit beschlossen, gemeinschaftlich mit der Deutschen Volkspartei in die bestehende Bürgerblockregierung Holz-Bazille einzutreten. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Beschlusses ist die Ernennung eines demokratischen Wirtschaftsministers für Württemberg erfolgt und der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Es war zu erwarten, daß die mit nur ganz wenigen Stimmen Mehrheit erfolgte Stellungnahme der Landesvertretung in der alten Demokratischen Partei Württembergs tiefe Erregung und langwierige Auseinandersetzungen herbeiführen würden.

Als erste Folge ist eingetreten, daß der alte langjährige Führer der süddeutschen Demokraten, Friedrich Payer, seinen Austritt aus der württembergischen Landesorganisation der Demokratischen Partei erklärt hat. Payer, der Ehrenvorsitzender in der Reichsorganisation der Demokraten ist, will dieser letzteren weiter angehören, aber mit der Bürgerblocktreuen Landesorganisation nichts mehr zu tun haben. Er erklärt, daß sein Austritt aus Gründen der politischen Einheit erfolge, die er für unabwendbar hielt. Er hat seinen Schritt reichlich ermogelt und es hat ihn sehr erregt, daß er bei sorgfältigster Prüfung zu keinem anderen Ergebnis zu kommen vermochte. Er hält jedoch an seiner Entscheidung fest und hat infolgedessen auch die Versuche der Partei, ihn zur Zurücknahme seiner Austrittserklärung zu bewegen, abgelehnt.

Mit Friedrich Payer gemeinsam sind auch seine Familienmitglieder, sein Sohn Fritz Payer, früher Bürgerausschuß-Vorsitzender der Stadt Stuttgart, seine Tochter Frau Dr. Müller-Payer, Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs, und Rechtsanwalt Dr. Müller-Payer aus der Demokratischen Partei Württembergs' ausgetreten.

Herr v. Payer ist nicht irgendwer in der politischen Geschichte Deutschlands. Als Stuttgarter Rechtsanwalt hat er vor Jahrzehnten schon die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. In der damals noch bestehenden „Süddeutschen Volkspartei“, die die Lieberlieferung des demokratischen Gedankens im Bürgerium pflegte, war er mit den beiden Brüdern Hausmann führend tätig. Schon seit 1877 und mit nur kurzen Unterbrechungen bis 1917 war er Mitglied des Deutschen Reichstags, immer ein Vertreter der besonderen bürgerlichen demokratischen Richtung, auch innerhalb der späteren

„Freisinnigen“ und „Fortschrittlichen Volkspartei“, mit der sich die Süddeutsche Volkspartei verschmolzen hatte. Im November 1917 trat Payer im Einverständnis mit der Sozialdemokratie und gewissermaßen auch als deren Vertrauensmann in die kaiserliche Reichsregierung als Vizetanzler ein. Dieses Amt hat er bis zur Revolution innegehabt. Nach der Revolution wurde er wieder demokratischer Abgeordneter in der Nationalversammlung.

Der heute fast 83jährige Demokrat wird durch die neuere Entwicklung seiner schwäbischen Parteifreunde von Entsetzen gepackt und verläßt die Organisation, deren Mitbegründer er gewesen ist. Es zeigt sich in Württemberg wie in vielen Städten des übrigen Reiches, daß sich viele Demokraten mehr hingezogen fühlen zu der gemeinsamen bürgerlichen Front als zu der republikanischen, zu deren Aufbau und Verteidigung ihre Partei gegründet wurde.

Die Anhänger des Bürgerblocks in Württemberg sind natürlich um Ausreden nicht verlegen. Sie erklären jetzt, ihr Eintritt in die Reichsregierung sei nicht erfolgt aus Liebe zu den Deutschnationalen, sondern aus Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei, mit der sie in Annäherungsverhandlungen standen, und weil sie hoffen, in der Regierung bestimmte Wirtschaftsforderungen in demokratischem Sinne leichter durchsetzen zu können. Wie ein wirklicher Demokrat über diese Ausreden denkt, zeigt das Verhalten des Herrn v. Payer. Es ist damit zu rechnen, daß der Austritt dieses demokratischen Veteranen noch weitere Auseinandersetzungen in der schwäbischen Landesorganisation nach sich ziehen und auch im Reichsmagistrat sich bemerkbar machen wird.

Demokratische Bürgerblockler — auch in Hannover.

Hannover, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Der Provinziallandtag für die Provinz Hannover wählte am Dienstag von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten den weissen Rechtsanwalt Hagemann-Berden mit 36 Stimmen zum Präsidenten. Auf den langjährigen sozialdemokratischen Präsidenten Landrat Stille entfielen 30 Stimmen der Sozialdemokraten und 10 Stimmen des Zentrums. Die Sozialdemokratie verzichtete nach dieser offenen Verteilung parlamentarischer Gepflogenheiten auf die Entsendung eines Vertreters in das Präsidium.

Landwirtschaft im Landtag.

Was tut der Staat für Pferdezucht?

Der Preussische Landtag trat am Dienstag, dem 21. Januar, zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtstagen wieder zusammen.

Zunächst gedachte der Präsident Bartels des inzwischen verstorbenen Abg. Thiele-Waldenburg (Soz.), der dem preussischen Parlament seit der Verfassunggebenden Landesversammlung angehört. An Stelle des Abg. Thiele ist der Abg. Schöfler (Soz.) eingetreten.

Sodann beantragt Abg. Kaspar (Komm.) einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und anzunehmen, der die Haftentlassung des in Worms anlässlich einer Demonstration verhafteten Abg. Müller-Hessen (Komm.) verlangt. Das Haus beschließt so.

Einem weiteren Antrag der Kommunisten, sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes des Innenministers zu beschließen, kann nicht entsprochen werden, da gegen die Ausnahme dieses Antrages in die Tagesordnung von den Sozialdemokraten Widerspruch erhoben wird. Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein und verabschiedet ohne Aussprache eine ganze Reihe von Vorlagen und Anträgen nach den Vorschlägen des Landwirtschaftsausschusses.

Ebenfalls ohne Debatte wird — nach dem Antrag des Geschäftsausschusses — die Zahl der Beisitzer im Präsidium von acht auf zwölf erhöht.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Geschäftsausschusses, die nachgeforderte Strafverfolgung des Abg. Kerl-Peine (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung der Reichsregierung durch die Presse abzulehnen.

Abg. Krüger-Brandenburg (Soz.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß der Antrag des Ausschusses auf Ablehnung der Strafverfolgung mit Stimmengleichheit gefaßt ist. Wegen der Schwere der Beleidigung aber, der Abg. Kerl hatte u. a. behauptet, daß die Reichsregierung junge deutsche Männer und Frauen an das Ausland verschachern wolle, müsse er im Namen der Regierungsparteien den Antrag stellen, entgegen dem Ausschlußbescheid die Immunität des Abg. Kerl aufzuheben.

Abg. Ruhe (Nat.-Soz.) beantragt dagegen die Rückverweisung der Angelegenheit an den Geschäftsausschuss.

Die im Himmelpfand vorgenommene Abstimmung ergibt die Annahme auf Rückverweisung.

Hierauf wird in zweiter Lesung und als erster in der Reihe der Einzelentscheidungen für 1930 der

Etat der Gestütsoverhaltung

behandelt. Nach dem Berichterstatter Abg. von Biehme (Dnat.) nimmt das Wort

Landwirtschaftsminister Dr. Stelzer: Der Pferdebestand in Preußen ist um mehr als 60 000 Stück zurückgegangen. Auch die Einfuhr von Pferden ist nicht auf derselben Höhe geblieben wie früher. Die Gestütsoverhaltung muß auf eine größere Erzeugung von Arbeitspferden und von Qualitätspferden Wert legen. Dabei ist die Frage des warmen Blutes und des kalten Blutes immer noch umstritten. Die Fähigkeit der Reitervereine müsse anerkannt werden. Aber diese sollten sich nicht politisch betätigen. Einem weiteren Abbau städtischer Gestüte sollte man nicht mehr das Wort reden.

Abg. Frau Wohlgenuth (Soz.):

Wir begrüßen das Bestreben der Gestütsoverhaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen. Das ist die Züchtung des Halbdraufpferdes. Mit der Unterstützung privatrechtlicher Hengsthaltung sollte der Staat, namentlich in Ostpreußen, vorsichtig sein. Es ist ein unumgänglicher Zustand, wenn der Staat solche Gestütseinrichtungen bis zum letzten finanziellen Nulldpunkt (Sehr wahr! bei den Soz.) entgegen ihrem früheren Verhalten sind die Kommunisten diesmal in ihrer Kritik an der Gestütsoverhaltung mitemfindlich sein können. Das mag seinen Grund darin haben, daß die staatlichen Samenstütten zu den deutschen Traberrennen Rennpferde herüberzuführen mit allen dazu gehörigen Personal, von den Wärttern angefangen bis zu den Tierärzten, hört,

hört! bei den Soz.) Auch diesmal haben wir wieder einen Antrag eingebracht, 3 Millionen von den

Zuschüssen an die Rennvereine zu strächen.

Wir sind der Auffassung, daß die Gelder bei der heiligen Finanznot des Staates an anderen Stellen besser gebraucht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und dieser Antrag ist um so mehr berechtigt, als wir wissen, daß einzelne Beamte in solchen Korporationen aus diesen Zuschüssen Gehälter beziehen, die Ministergehälter noch übersteigen. Der Minister kann auch nicht im Ernst daran denken, Rennvereine zu unterstützen, deren Geschäftsführer, wie Herr von Miedach, anlässlich einer Preisstiftung des Herrn Landwirtschaftsministers in bezug auf diesen ein Wort gebrauchte, das durch weild Obd von Berühmungen populär geworden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Rennvereine sind durchweg reaktionär und gebrauchen die Staatszuschüsse zum Kampf gegen die Republik. Wir werden deshalb diese Zuschüsse ablehnen.

Die Rednerin bringt sodann eine Reihe persönlicher Beschwerden vor. Sie bittet insbesondere die Frage zu prüfen, ob nicht den Besitzwärttern, die bei der Besoldungsneuregung besonders schlecht weggekommen sind, nach 25jähriger Dienstzeit eine Aufstufungsmöglichkeit zum Obergehilfsamt gegeben werden kann. Sie kritisiert auch insbesondere die Nichtachtung gesetzlicher Bestimmungen des Betriebsgesetzes bei der Entlassung von 190 Landarbeitern des Gutes Bornort Tralshagen, obwohl Arbeit für diese Leute zweifellos vorhanden gewesen wäre. Ein solches Verhalten sei in dieser Zeit der steigenden Ernährungsnot und Finanznot von einer Behörde unerträglich. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulte-Stapen (Dnat.) fordert die Züchtung eines guten Wirtschaftspferdes. Die Angriffe der Rednerin auf die Rennvereine seien unredlich.

Abg. Roeligh (Str.) bedauert die Abstriche am Etat, die nicht im Interesse der Pferdezucht liegen. Der Kampf zwischen Motor und Pferd scheint abgeklungen zu sein, da sich herausgestellt habe, daß ein Geponn immer noch billiger ist als ein Motor. In den Grenzgebieten müsse noch härter gegen die Pferdeschmuggler vorgegangen werden. Sollte sich bewahrheiten, daß die Rennvereine die Staatszuschüsse zu reaktionären Zwecken gebrauchten, so müsse diesen der Brotkorb höher gehängt werden.

Abg. Wachorst de Wente (Dnat.) ist der Auffassung, daß beim Gestütsetat noch weiter eingespart werden könnte. Diese Ersparnisse müßten aber der Landwirtschaft wieder zugute kommen. Vor allem müsse die Kolonialisierung mehr gepflegt werden.

Hierauf wird die Weiterberatung des Etats auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Die Bombe gegen die Bank.

Das Urteil im Hannoverschen Sprengstoffprozeß.

Hannover, 21. Januar.

Am Dienstagnachmittag verurteilte das Schwurgericht das Urteil gegen die Brüder Heinrich und Friedrich Buchholz aus Bergen an der Dümmer, die wegen Sprengstoffverbrechens gegen die Vorshub-Berlinsbank in Hannover angeklagt waren. Das Urteil lautete für Heinrich Buchholz auf vier Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von vier Jahren sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. Friedrich Buchholz erhielt acht Monate Gefängnis, auf die die Untersuchungsfrist von fünf Monaten angerechnet wird.

Ministerwechsel in Sachsen. Der sächsische Ministerpräsident hat den sozialistischen Minister Eisner von dem Amte des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums entbunden und den Minister des Inneren Richter beauftragt, bis auf weiteres die Geschäfte des Arbeits- und Wohlfahrtsministers zu übernehmen. Richter ist Fachminister der Deutschen Volkspartei nahe steht.

Krawalle am Friedrichshain.

1300 Personen nach Waffen durchsucht.

Die Nationalsozialisten hielten gestern Abend am Friedrichshain eine Versammlung ab, in der der Nationalsozialist Wossakowski referierte. Die Kundgebung nahm einen sehr stürmischen Verlauf, da sich zahlreiche Kommunisten in den Saal einschleichen konnten und durch Zwischenrufe Störungen herbeiführen suchten. Mehrere der Kräfte mussten von der Polizei abgeführt werden.

Da in der Umgebung des Friedrichshains sich größere Gruppen Kommunisten angesammelt hatten und so die Gefahr bestand, daß es zu blutigen Zwischenfällen kommen könnte, hatte die Polizei ein großes Aufgebot von Beamten dorthin beordert. Mehrfach kam es zu kleinen Zwischenfällen und Schlägereien, so daß die Polizei wiederholt die Straßen und einen Teil des Friedrichshains freimachen mußte. Bis um 23,15 Uhr wurden zehn Personen festgenommen, die sich den polizeilichen Anordnungen widersetzt hatten und die außerdem im Besitze von Stöcken und Hiebwerkzeugen angetroffen worden waren.

Als die Kundgebung der Nationalsozialisten, die von etwa 1300 Personen besucht war, gegen 23,30 Uhr ihr Ende erreicht hatte, hatte die Polizei sämtliche Ein- und Ausgänge besetzt und schritt zur Durchsuchung nach Waffen. Die Beamten, die bei Befolgung ihres Vorgesetzten mit großem Halse und Protestgeschrei empfangen wurden, griffen aber energisch durch und nach etwa einer Stunde war die Durchsuchung beendet.

Beim Abmarsch der ersten nationalsozialistischen Trupps kam es zwischen diesen und Kommunisten zu einer größeren Schlägerei. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei griff sofort ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Wie noch bekannt wird, wurde bei einer Schlägerei, die sich während der Versammlung im Innern des Saales entwickelt hatte, ein Teil der Saaleinrichtung demoliert. Zahlreiche zerbrochene Stühle und Bierseidel bedeckten den Fußboden.

Die Posaunen von Jericho.

Gebblasen von Hugenberg und Stubendorff.

Die Desperadopolitik, die im Lager Hugenberg fest als die große Mode betrieben wird, findet bei allen einigermaßen vernünftigen bisherigen Anhängern der deutschnationalen Ideologie lebhaften Widerspruch, auch nachdem die bekannte Kämpflitterung aus der Reichstagsfraktion und der Partei schon erfolgt war.

Neuerdings nimmt der fränkische Bauernabgeordnete Bachmann in einer Hugenberg nahegelegenen Zeitungskorrespondenz das Wort, um gegen gewisse Ueberhebungen deutschnationaler Landbündler sich zu wenden. Da ist z. B. der deutschnationalen Abgeordnete v. Stubendorff, dem Bachmann vorwirft, daß er die Parteien der nationalen Opposition über das lächlich notwendige Maß hinausstreibe. Der Landwirt wie der Mensch überhaupt, sagt Bachmann, lebe nicht von Forderungen, sondern von dem, was er für sich und seinen Stand erreiche. Das könne nur in mühseligen, im einzelnen unbefriedigenden Stappen geschehen. Der Weg zum praktischen Erfolg gehe aber nun einmal durch das Parlament. Stubendorff hoffe auf den „Ketter“, der einmal „das Heft in die Hand“ nehme. Aber erst müsse dieser Mann, selbst wenn er vorhanden wäre, doch einmal das Heft in die Hand bekommen. Das ginge nur auf illegalem oder legalen Wege. Den illegalen, den Putsch, werde Stubendorff doch wohl ablehnen. Aber den legalen wolle er anscheinend auch nicht. Es bleibe also nur übrig, daß er auf ein baldiges Wunder hoffe. Auf ein solches Wunder zu warten und in dieser Erwartung mit agitatorischen Forderungen die Posaunen von Jericho zu blasen. Wonne man der deutschen Landwirtschaft in ihrer jetzigen Lage nicht empfehlen. Sie müßte vielmehr unbeschadet aller weiteren Hoffnungen, Wünsche und Forderungen alle gegebenen Möglichkeiten ausnützen, um Schritt für Schritt den Jelen der völligen Wiederherstellung näher zu kommen. Sonst könnte auch der Ketter, wenn er eines Tages kommt, nicht mehr viel zu retten vorfinden.

Das sind sehr vernünftige Worte, die der fränkische Landbündler seinem norddeutsch-preussischen Kollegen verleiht. Man darf wohl annehmen, daß es noch mehr Leute bei den Hugenbergern gibt, die so vernünftig denken, wenn sie auch nicht alle den Mut finden, so offen heraus zu sagen, was es mit der Katastrophentheorie ihres Führers auf sich hat. Die vernünftigen Ansichten aber können sich natürlich nicht nur auf die Interessen der Landwirtschaft beschränken. Sie gelten vielmehr für alle Gebiete des politischen Lebens.

Flucht vor Hugenberg.

Leipzig, 21. Januar.

Die Stadtverordneten Schmidt und Franke, die beide auf der deutschnationalen Liste in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden sind, haben erklärt, daß sie ihre Bindung zu der deutschnationalen Gruppe in der bürgerlichen Stadtverordnetenfraktion gelöst hätten. Sie wollen als Hospitanten bei der Deutschen Volkspartei eintreten, aber nicht aus der Deutschnationalen Volkspartei selbst austreten. Die Deutschnationalen Partei Leipzig teilt hierzu mit, daß sie das Verbot auf Ausschluß aus der Partei gegen diese beiden Stadtverordneten in die Wege leiten werde.

Zentrum gegen Wiffell.

Ein Schreiben des Reichsanwalters an Dr. Brüning.

Reichsanwalt Müller hat dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Les Reichstages, Dr. Brüning, auf dessen am 16. d. M. an den Reichsanwalt gerichtetes Schreiben mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Zu dem in dem Selbst der Morgenausgabe Nr. 26 des „Berliner Tageblatts“ vom 16. Januar 1930 unter der Ueberschrift „Fort mit den Lügen!“ veröffentlichten Artikel des Herrn Reichsanklalters Wiffell zu § 218 des Reichsstrafgesetzbuches (§ 254 des Entwurfs) hat der Herr Reichsarbeitsminister erklärt, daß die Ueberschrift „Fort mit Lügen!“ nicht von ihm stamme, sondern ein Zusatz der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ sei, und daß seine Unterschrift auch nicht den Zusatz „Reichsarbeitsminister“ getragen habe. Ich darf hierzu mitteilen, daß der Herr Reichsarbeitsminister bei seinen in der 88. und 70. Sitzung des Strafrechtsausschusses am 6. und 11. Juni 1929 zu dem § 218 abgegebenen Erklärungen gemäß seiner durch Artikel 56 der Reichsverfassung bestimmten Zuständigkeit gehandelt hat. Der Artikel des Herrn Reichsarbeitsministers enthält demgegenüber nur eine private Meinungsäußerung. Das Reichskabinett wird sich, wie mit anderen Fragen des neuen Reichsstrafgesetzbuches, auch mit dieser nach Abschluß der ersten Lesung des Strafrechtsausschusses beschäftigen.“

Der allmächtige Kassierer.



„Wir würden ihn ja gerne los. Aber wer zahlt dann die Gehälter?“

Die Londoner Konferenz.

Donnerstag beginnt die Beratung.

London, 21. Januar.

In der Eröffnungssitzung der Flottenrüstungskonferenz bezeichnet, nachdem der Vertreter der australischen und der kanadischen Delegation der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatten, daß die Arbeiten der Konferenz bei gutem Willen zu praktischem Ergebnis führen würden, der französische Ministerpräsident

Lardieu

die Konferenz als entscheidenden Versuch, den Frieden zu organisieren; dieser Versuch ruhe bei allen Teilnehmern ein ernstes Gefühl der Verantwortung hervor. Ein Erfolg im begrenzten Rahmen dieses Unternehmens werde den Erfolg einer in einem größeren Ausmaß zu unternehmenden Anstrengung im Interesse der Abrüstung ermöglichen. Ein Mißerfolg der Konferenz würde alle Bestrebungen auf Abrüstung schwer belasten. Die nationalen Bedürfnisse müßten die Grundlage der Verhandlungen bilden. Vor allem müsse man den geheiligten Anspruch auf nationale Sicherheit im Auge behalten. Man sei jedoch bereits in der Lage, die Probleme unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Reihe von Garantien zu behandeln, die in den internationalen Verträgen der letzten Jahre enthalten seien. Nur eine feste Zusage werde ermöglichen, zu der dringend notwendigen Regelung der technischen Fragen zu gelangen. Frankreich werde zur Erreichung des gemeinsamen Zieles sowohl durch seinen guten Willen wie auch durch seine unerschütterliche Zuversicht beitragen.

Die Uebertragung der Reden auf den deutschen Rundfunksender ließ nun die Hörer das eigenartige Englisch des Oberfeldmarschalls

Grandi

genießen, der wohl Eindruck auf die anglo-überseeische Mehrheit der

Konferenzteilnehmer ausüben wollte, indem er ihre Sprache gebrauchte. Er brachte es fertig, von Mussolini und von dem „großen fortschrittlichen Aufbauprogramm“ zu reden, das Italien besonders abrüstungsbedürftig mache. Die Faschistenregierung möchlen wir sehen, die etwa auf ihre „Miß“ verzichtet würde!

In japanischer Sprache, die gewiß kein Hörer außerhalb der Delegation von Tokio und dem Dolmetscher versteht, der gleich darauf ins Englische übersehte, führte Außenminister

Wakatsuki

aus: Die japanische Nation ist von dem ewigen Wunsche erfüllt, daß der Friede auf unerschütterlichen Grundlagen errichtet und daß der Grundfah gemeinsamen internationalen Wirkens nachhaltig gestiftet wird. Das gespannte Interesse, das die Öffentlichkeit in Japan der Konferenz entgegenbringt, ist ein unmißverständliches Zeichen für die friedliche Gesinnung, die unser Land beherrscht. Ich glaube zuversichtlich, daß die Konferenzmächte in wechselseitigem Verhältnis die Politik und die Haltung der anderen Konferenzteilnehmer im vollen Umfang begreifen und würdigen. Wenn ich mir auch bewußt bin, wie delikat die Probleme sind, mit denen wir uns hier befassen müssen, kann ich doch nicht irgendein nicht zu bewältigendes Hindernis erblicken. Japon gelobt freimütige und loyale Zusammenarbeit mit den anderen Konferenzteilnehmern. Gemeinsam mit ihnen ist es bereit, in Sachen der Abrüstung zur See bis zum äußersten zu gehen.

Nachdem noch Vertreter Neuseelands und der Südafrikanischen Union gesprochen hatten, wurde die Sitzung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Zumult vor Gericht.

Kommunisten wollen das Urteil verhindern.

Dresden, 21. Januar.

Das Große Schöffengericht verhandelte heute gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei, die wegen schweren Aufruhrs aus Anlaß eines Demonstrationenzuges des Roten Frauen- und Mädchenbundes im Juli 1929 angeklagt waren.

Gleich nach Beginn des Prozesses kam es im Gerichtsgebäude zu schweren Tumulten. Es hatten sich annähernd 200 Anhänger als Zuhörer eingefunden.

Das Gericht beschloß hierauf, die Sitzung aus dem Schöffengerichtssaal in den kleinen Strafammeraal zu verlegen. Da die Angeklagten sich diesem Beschlusse widersetzten, und sich nicht beruhigen ließen, beschloß das Gericht, Haftbefehle auszusprechen und Zwangsvorführung zu veranlassen. Die als Zeugen geladenen Schutzpolizisten brachten die Angeklagten in den kleinen Strafammeraal. Unbeschleunigend hatte sich auch die Erregung des Publikums gesteigert. Neue Menschenmassen suchten ins Gerichtsgelände einzudringen, so daß schließlich Polizei die Straßen säuberte und das Gerichtsgelände abriegelte. In der dann beginnenden Verhandlung wurde der Angeklagte Schaffel wegen schweren Aufruhrs in Tateinheit mit Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt sechs Monate Gefängnis, drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Indiens Parlament tagt.

Sofort Niederlage der britischen Kolonialregierung.

Neu Delhi, 21. Januar. (Reuter.)

Infolge des vom Indischen Nationalkongress ausgesprochenen Boykotts waren bei der Wiedereröffnung der Gesetzgebenden Versammlung von 145 Mitgliedern nur 75 anwesend. Da zwischen dem Präsidium und der Regierung Meinungsverschiedenheiten über die Sicherheitsmaßnahmen bei der Zulassung von Besuchern auf das Gelände des Parlamentsgebäudes entstanden waren, traf Präsident Patel unter dem Beifall der Opposition die Anordnung, alle Tribünen, mit Ausnahme der Journalistentribüne, zu räumen. Patel lehnte es auch ab, das Mitglied des Ministerrats Grewar zu diesem Thema sprechen zu lassen, und erklärte, daß die Anordnungen der Regierung eine vorübergehende Richtsichtung der Anordnungen des Präsidiums darstellten. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschädigung an, die den Vikarönig zu seiner Rettung bei dem Anschlag auf seinen Zug

beglückwünscht. Vorher hatten der Präsident und verschiedene Mitglieder der Versammlung ihren Abscheu vor diesem Verbrechen Ausdruck verliehen. Der Redner, der die Einschließung begründete, hatte auf die bewundernswürdige Art und Weise hingewiesen, in der der Vikarönig in England wie auch in Indien für die Sache Indiens eintrat.

Die falschen Sowjetwechsel.

Beginn des Litwinof-Prozesses.

Paris, 21. Januar. (Eigenbericht.)

Vor dem Pariser Schörrichter begann der Prozeß gegen den Bruder des russischen Volkswirtschaftsministers Litwinof, der beschuldigt wird, sieben Wechsel im Gesamtbetrag von rund 200 000 Pfund Sterling mißbräuchlich auf den Namen der russischen Handelsdelegation in Berlin ausgestellt zu haben. Mit Litwinof sind der polnische Bankier Maz Jasse und der Berliner Hotelier Willi Liborius vor Gericht erschienen, weil sie die falschen Wechsel in den Verkehr zu bringen suchten.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine Stunde. Die russische Regierung ist als Nebenklägerin durch den Moskauer Rechtsanwalt Tselisow vertreten. Die Verhandlung, zu der zahlreiche Zeugen, darunter auch Bessedowski, der ehemalige Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris, geladen sind, dürfte vier Tage dauern.

Saarverhandlungen. Die deutsche und französische Saardelegation hielten am Dienstag eine Vollsitzung ab, ohne jedoch über eine allgemein gehaltene Fühlungnahme hinauszu kommen. Angesichts des komplizierten Charakters der zu Behandlung stehenden Probleme sind greifbare Ergebnisse allerdings gegenwärtig noch nicht zu erwarten.

Der japanische Reichstag ist aufgelöst worden. Für die Regierung war die Regierungsaufhebung die einzige Möglichkeit, um eine Mehrheit zu suchen. Bisher hatte die Sozialist, die stärkste Oppositionspartei, die absolute Mehrheit.

Ein Denkmal für den Mörder Franz Ferdinands. In Serajevo findet am 2. Februar die feierliche Enthüllung eines Denkmals für den Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand, Gabriel Princip, statt. Sämtliche Kulturkreise Serajewos haben die Enthüllung große Vorbereitungen getroffen.

Falsche 100-Dollar-Noten.

Der Fälscher bekannt, aber noch nicht gefasst.

Lebhafte Beunruhigung hat in der Bankwelt das Aufdecken einer höchst gefährlichen Fälschung von amerikanischen 100-Dollar-Noten hervorgerufen. Es handelt sich um die Federal-Reservebank-Note zu 100 Dollar, Serie von 1914, mit dem Bilde Benjamin Franklins. Die Fälschung ist auf echtem amerikanischen Banknotenpapier gedruckt und unterscheidet sich im Aussehen nur wenig von den echten Noten.

Nach einer telegraphischen Mitteilung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten ist die Fälschung bereits in den verschiedensten europäischen Ländern aufgedeckt, ohne daß bisher etwas Gewisses über ihre Herkunft festgestellt werden konnte. Erst jetzt hat sich eine erste Spur dadurch ergeben, daß ein deutsches Bankhaus einen geschlossenen Posten von 50 Falschnoten im Zahlungsvorkehr einer New-Yorker Bank übersandte. Da das in Frage kommende deutsche Bankhaus die Vorsicht übt, ausländische Noten, die bei ihm durchgehen, mit einem Firmenstempel und einer Kontrollnummer zu kennzeichnen, so hat man nunmehr die Herkunft dieser Falschnoten bis zu einem

kleinen Berliner Bankgeschäft, das unlängst von zwei Amerikanern aufgekauft

worden ist, zurückverfolgen können. In dieser Bank sind nicht nur die 50 Falschnoten, sondern auch weitere gleichartige Stücke von einem Ramme eingewickelt worden, der sich „Franz Boigt“ genannt und als seine Adresse Wilhelmsdorfer Str. 2 angegeben hatte. Name und Adresse sind falsch. Der Bank war dieser Kunde durch einen Geschäftsfreund zugeführt worden, der Chefredakteur einer Finanzzeitschrift ist und der den Boigt seinerseits durch einen früheren Berliner Stadtverordneten gelegentlich kennen gelernt hatte.

Nationale Fälschungen.

Karamidzes Freunde als reine Idealisten.

Aus der gestrigen Gerichtsverhandlung ist nur wenig nachzutragen. Die Erregung, die Schneiders Aussageverweigerung verursacht hatte, legte sich, als Karamidze in Verantwortung der an ihn gerichteten Fragen wie immer die höchsten nationalen Töne anschlug.

Ob er von seinen deutschen Gefinnungsgenossen Geld erhalten habe, wollte Anwaltsrat Wartenberg wissen, und ob ihm irgendwelche Vorteile in dem bestrittenen Georgien versprochen worden seien? Die politischen Gefinnungsgenossen, sagte Karamidze, haben aus rein idealen Gründen ihre Hilfe zugesagt, und die wirtschaftspolitischen Gefinnungsgenossen wollten lediglich am Aufbau Georgiens mitwirken. Geld für den Kampf sollte wohl zur Verfügung gestellt werden, nicht aber aus England; für die Herstellung der Fälschungen habe er die Mittel nur von seinen nächsten Freunden erhalten. Weniger sicher waren Karamidzes Antworten hinsichtlich seines Verhältnisses zu der nationalen georgischen (sozialistischen) Regierung in Paris. Er will mit dieser nach dem georgischen Aufstand im Jahre 1924 gebrochen haben. Nur einmal habe er mit dem Rittmeister des Leutnants, Thentel, eine Unterredung gehabt, bei der er ihr in seine Pläne eingeweiht habe; über die Fälschungen sei kein Wort gefallen. Wer an der Spitze des kausalistischen Komitees stehe, und in welchen Ländern das Komitee Agenten habe, fragte der Vorsitzende. An der Spitze des Komitees stehe Spiridon Rebia, der in Paris lebe; Agenten besitze das Komitee in Deutschland, vielleicht noch in der Türkei; früher habe es noch einen Vertreter in Bulgarien gehabt. Der Staatsanwalt nimmt Bezug auf die Broschüre

Der mit der Fälschungssache betraute Kriminalkommissar von Liebermann hat festgestellt, daß der angebliche Boigt in Wirklichkeit der am 21. Oktober 1895 zu Berlin-Schöneberg geborene

Kaufmann Franz Fildner

ist. Fildner ist seit Anfang Januar d. J. aus seiner Wohnung, Neue Winterfeldstr. 3, geflüchtet und wird gesucht. Auf seine Ergreifung ist von privater Seite eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Er ist 1,80 Meter groß, schlank, aber kräftig gebaut, bartlos, hat dunkelblondes links geschütteltes Haar und einen schlendernden Gang. Er ist nervös und raucht viel Zigaretten.

Fildner, der 1928 bis Frühjahr 1929 bei Bekannten auf einer Geflügelfarm in Oberösterreich lebte, ist erst seit Februar oder April 1929 in Berlin. Von Beruf Bauzeichner, ist er in früheren Jahren weiteren Kreisen durch seine radnerische Tätigkeit in kommunistischen Arbeiterbildungskursen und Erwerbslosenveranstaltungen bekannt geworden, zumal er auch die Stellung eines Erwerbslosenrates bekleidet hat. 1925 war er

in der Autoabteilung der russischen Handelsvertretung

angestellt und hat sich in neuerer Zeit verschiedentlich bemüht, den Verkauf von gebrauchten Automobilen zu vermitteln. Da er früher in der kommunistischen Bewegung tätig gewesen, ist es wahrscheinlich, daß er sich als politisch Verfolgter ausgibt, damit man ihm ohne polizeiliche Anmeldung Unterschlupf gewährt. Im Hinblick auf die ausgesetzte Belohnung wird das Publikum um seine Mithilfe bei der Ergreifung Fildners, der mit seinen Fälschungen auch Privatpersonen geschädigt hat, gebeten, und zwar, an Kriminalkommissar von Liebermann, Alte Leipziger Str. 16.

erklärung des georgischen Unabhängigkeitskomitees und fragt Karamidze, ob es richtig sei, daß das kausalistische Komitee eigentlich nicht bejagt sei, im Namen Georgiens zu sprechen. Karamidze meint, er kenne kein unabhängiges Komitee; es habe früher ein paritätisches Komitee gegeben, das aus seinen Freunden bestanden habe und im Kampfe gegen die Bolschewisten gefallen sei. Das Unabhängigkeitskomitee sei nichts anderes als die menschewistisch-sozialistische Regierung in Paris. Karamidze versagt zu sagen, daß in Wirklichkeit dieses Komitee aus Vertretern sämtlicher georgischer Parteien besteht, die die sozialistische nationale georgische Regierung unterstützen und ihr angehängt ist. Rechtsanwalt Ber beantragt die Verurteilung des Vertreters der nationalen demokratischen Partei in Berlin, Dr. Wargischewski als Sachverständigen für die georgischen Probleme. Oberstaatsanwalt Tzjass will über den Herrn Erdindigungen eingehen. Herr Wargischewski schreit mit Karamidze und dessen Verteidiger eng liest. Sollte er als Sachverständiger befragt werden, so wäre es nur recht und billig, auch einen Vertreter der nationalen georgischen Regierung zu hören.

Um Rechtsverständigen vorzuziehen, soll an dieser Stelle gesagt werden, daß das Gericht sich nicht ohne weiteres mit der Behauptung des Schneiders Kränkheit begnügt hat. Die Staatsanwaltschaft hat selbständig nachgeprüft und sich von der Krankheit des Angeklagten überzeugt. Die hartnäckige Weigerung des Gerichts, das Verfahren gegen Schneider mit der jetzigen Hauptverhandlung wieder zu verbinden, wird wohl in der Hauptsache aus der Sorge zu erklären sein, durch diese Verbindung einen Revisionsgrund zu schaffen.

Der amerikanische Botschafter Schurman ist Dienstag nachmittag mit dem sehr prompten Zug 1,04 Uhr vom Lehrter Bahnhof nach Hamburg abgereist.

Was wird mit dem Nachtragshaushalt?

Stadtkämmerer Lange bleibt weiter beurlaubt.

In seiner gestrigen Sitzung beschloß die Haushaltsauschuss der Stadtverordnetenversammlung mit dem Nachtragshaushaltsplan. Es wurden jedoch noch keinerlei Beschlüsse gefasst, die Debatte wird daher am Donnerstag fortgesetzt werden. In dieser Sitzung wird für die Sozialdemokratische Fraktion der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Erich Platow sprechen.

Es ist anzunehmen, daß auch in dieser Sitzung die Beratung nicht zu Ende geführt werden kann. Für diesen Fall ist es natürlich der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag noch nicht möglich, sich mit der Vorlage zu befassen. Sofern der Ausschuss die Vorlage am nächsten Montag erledigt, hätte der Stadtverordnetenvorsteher nach die Möglichkeit, für Dienstag nächster Woche eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen. Das Schicksal des Nachtragshaushaltsplanes ist nach wie vor ungewiß. Es scheint jedoch, daß sich schon im Ausschuss eine Mehrheit für seine Verabschiedung bilden wird.

Der Urlaub des Stadtkämmerers Dr. Lange, gegen den ein Disziplinarverfahren wegen seiner Amtsführung schwebt, ist bis zum 2. Februar 1930 verlängert worden. Zur Zeit führt die Geschäft des Stadtkämmerers bekanntlich unser Parteigenosse Stadtkämmerer Dr. Lange. Es muß unseres Erachtens zweifelhaft erscheinen, ob unter den augenblicklichen Umständen überhaupt an eine Rückkehr des Kämmerers zu sein Amt gedacht werden kann. Wenn es auch richtig ist, daß die Stadt Berlin ein Opfer der Aero-Schacht geworden ist, so hat dennoch — das haben die letzten Wochen gezeigt — der Stadtkämmerer auch ein gerüttelt Maß Schuld an der jetzigen trübsamen Finanzlage Berlins. Es muß heute als erwiesen angesehen werden, daß er seinem überaus personalmäßigem Amt nicht gewachsen war.

Leichenfund bei Schildhorn.

Liegt ein Verbrechen vor?

Am Dienstagabend machten Schiffer am Ufer der Havel dicht bei Schildhorn einen grauenhaften Fund. Im seichten Wasser trieb die Leiche einer Frau, die von den Männern ans Ufer geholt wurde. Hier stellte man fest, daß beide Beine und der linke Arm vom Körper der Toten, die etwa 50 Jahre alt sein kann, abgetrennt waren. Die Leiche war nur noch zum Teil bekleidet. Ob es sich um einen Selbstmord handelt und die schweren Verletzungen von Dampfeschrauben herrühren, oder ob vielleicht ein Verbrechen vorliegt, müssen erst die polizeilichen Ermittlungen ergeben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur Obduktion ins Schanzhaus gebracht.

Festnahme eines Darlehnschwindlers.

In der Prinzenstr. 76 hatte im 30 Jahre alter „Kaufmann“ Walter Ewert ein Darlehnsvermittlungsbüro eröffnet. Er wurde jetzt von der Kriminalpolizei festgenommen, weil er mit dem üblichen Trick der Vorkasse und Sicherheit die Geldgeber betrogen hat. Die bisher festgestellten Geschädigten, deren Zahl die Hundert erreicht hat, dürften aber nicht alle sein, die Ewert herein-geleitet hat. Nach den beschlagnahmten Büchern und Korrespondenzen haben sich weit mehr Leute an ihn gewandt und hoffen vielleicht immer noch auf Gewährung des geforderten Geldes. Mitteilungen über den Schwindler können an die Dienststelle F. 7 im Polizeidienstgebäude in der Georgenstraße, Ma gerichtet werden.

Ein Gespräch über Publizität der Verwaltung im Rundfunk. Im Interview der Woche wird sich vor dem Mikrophon der Berliner Funkrunde am kommenden Donnerstag um 19 Uhr der Leiter des Städtischen Nachrichtenamtes Dr. Richard Volmann mit einem Journalisten über das Thema „Hat Berlin etwas zu ver-schweigen?“ unterhalten.

Alaixio Arcevedo Ein brasilianisches Mietshaus

„Los, erzählt uns doch, Schätzchen. Was hast du denn die ganze Zeit gemacht, du schlammes, leichtsinniges Karnickel? Rein wirklich, wo hast du denn die ganze Zeit gesteckt?“

„In Jacarepogua.“
„Mit wem denn?“
„Mit Firmo.“
„Was, die Sache ist noch immer nicht aus?“
„Halt den Mund, diesmal ist's ernst.“
„Ernst — was, du? ach geh — wir kennen dich zu gut, Rita Bahiana!“
„Ritas Liebesgeschichten!“ rief Bruno ins allgemeine Gelächter hinein. „Ein halbes Duzend jährlich und die zwischendurch nicht mitgerechnet.“
„Du weißt ganz gut, daß das nicht wahr ist“, widersprach Rita empört. „Wenn ich mich mit einem Mann einlasse, guck ich keinen anderen an.“

Leocadia, die hinter der Mulattin gestanden hatte, trat vor, um an der Unterhaltung teilzunehmen. Sie umarmte die Heimgekehrte stürmisch und lauschte mit Tränen der Rührung dem Schwallfeuer von Fragen und Antworten. Die Hände auf die Hüften gestemmt, fragte sie: „Aber wann's diesmal ernst ist, warum ziehst du dann nicht mit Firmo zusammen? Warum heiratest ihr zwei denn nicht?“
„Heiraten, ich?“ rief Rita empört. „Klaust du, meiner Mutter Tochter kriegt solchen Unfuss fertig? Heiraten — Herr des Himmels — wozu denn? Um meinen Kopf in eine Schlinge zu stecken? Ein Ehemann ist schlimmer als der Teufel selber; man wacht auf und ist plötzlich die Sklavin eines dummen Mannsbildes. Der Himmel bewahre mich vor so etwas. Es geht nichts darüber, sein eigener Herr zu sein.“

Ritas Ausdruck höchster Verachtung, ein vielbewundertes, aber unnachahmliches Achselzucken folgte diesem Wortschwall. „Rita, du bist nach mein Tod“, lachte August Carne Rolle hingegeben. Sie fand Rita Bahiana unerhört inter-

essant und konnte ihre Arbeit sicken- und liegensoffen und der Mulattin den ganzen Nachmittag beim Tanzen zuschauen. Florinda hatte ihrer Mutter das Mittagbrot bereiten helfen, aber als sie von der Heimkehr der Bagabundin hörte, kam sie mit strahlendem Lächeln angerannt und warf sich ihr um den Hals. Selbst die alte Marcella, ohne zwar ihre düstere Miene abzulegen, trat ans Fenster und winkte ihr feierlich Willkommen zu. Das Doros, mit hochgeschürztem Rock, ein Handtuch statt einer Schürze um die Hüften und mit wild flatterndem, ungekämmten Haar, ließ ihre hochgemachte Wohnung sicken und liegen und drückte auf Ritas Wangen einen beschwerenden Kuss, während sie mit ihrer hohen, schrillen Stimme kreischte: „Na, diesmal hast du's aber ausgeliefert, du freches Mulattenmädchen!“ Und beide schüttelten sich vor Lachen und umarmten einander mit der Vertraulichkeit intimer Freundinnen, die in Liebesachen keine Geheimnisse voreinander haben.

Die Herze trat schweigend heran, schüttelte ihrer heimgekehrten Nachbarin ernst die Hand und wandte sich wieder zum Gehen.

„O du Zauberweib!“ lachte Rita und klopfte der alten Wirtin auf den Rücken. „zu welchem Teufel beifst du denn heute? Du mußt mir eine Zauberformel sagen, Lante Paula, damit mein Schatz mich nicht verläßt.“ Und so weiter, für jeden haite sie ein freundliches Wort. Als sie Dona Isabel im schwarzen Seidenkleid mit dem Macaojhal erblickte, umarmte sie die alte Dame und hat um eine Prille Lakse, was ihr energisch verweigert wurde.

„Wo ist Bombinha?“ fragte die Mulattin.
Aber in diesem Augenblick trat Bombinha selbst aus der Tür, kleblich und sauber in einem neuen Wäscheleid, in den Händen ihr Gesetzbuch, ihr Taschentuch und ihren Sonnenschirm.

„Ach, wie hübsch sie ist“, murmelte Rita kopfnickend. „Wie eine Blume.“ Als Bombinha nähertrat, umarmte und küßte sie sie. „Wenn Joao da Costa dich nicht glücklich macht wie ein Engel, drück ich ihm mit meinem Rästkeifen den Schädel ein.“

Der vorsichtige Alexandre stand unter der Notwendigkeit, seine Würde zu wahren, denn er war in voller Uniform und ging zum Dienst, daher beschränkte er seinen Gruß auf ein leichtes Nicken mit der Hand; was die unverbesserliche Mulattin mit Strammstehen und Salutieren beantwortete; diese Geste befehlte sie mit einem tief gurgelnden Lachen, das den alten Kerl entschieden aus dem Konzept brachte.

Aber sofort wurde die Aufmerksamkeit durch einen Ausruf Ritas von ihm abgelenkt: „Ach, da ist ja der alte Liborio! Dieses Mädchen will noch immer nicht seine Seele aufgeben und sie dem Teufel ausliefern, der darauf wartet.“

Und sie stürzte zu einem Flecken unter der strahlenden Aprilsonne, wo ein verrottetes altes Kerlchen sich wärmete und zwischen seinen zahnlösen Kiefern ein kurzes Pfeifenrohr hielt, an dem es herumkaute.

„Na, na“, schmunzelte er und beschattete die Augen mit seiner zitternden Hand.

„Wie gehts denn meinem alten Schatz?“ rief Rita und beugte sich nieder, um ihm auf die Schulter zu klopfen. „Hast Sehnsucht nach mir gehabt? Ich hoffe, du bist mir nicht untreu geworden!“

Und mitten in dem allgemeinen Jubel über ihre Heimkehr berichtete Rita, was sie während ihrer Abwesenheit erlebt hatte. Ihr Aufenthalt in Jacarepogua war ein ununterbrochenes Fest gewesen, eine Art dreimonatiger Karneval. Und dann senkte sie die Stimme und vertraute ihnen an, daß sie Besuch erwarre und daß es Rusti und Lang geben würde.

Diese Nachricht erregte allgemeine Freude, denn Ritas Freude waren immer die schönsten. Wenn die Mulattin ihre Freunde um sich versammelte, vergingen die Stunden im Fluge, und da Rita entweder über Geld oder über Kredit verfügte, so gab es immer etwas zu essen, und niemand ging durstig fort.

„Sag mal, Leocadia“, fragte sie, wer sind denn die Neuen auf Nummer fünfundsiebzig?“

Brunos Frau teilte ihr das wenige mit, was sie von Teronimo und Piedade wußte, und beschrieb sie als brave Leute, die nichts von Amusements verstanden. Rita schloß ihre Wohnung auf und trug sargend ihre Bootsräte hinein. Ihre Anwesenheit allein schien die ganze Nachbarchaft in Jubel zu versetzen, denn man hatte sie schwarzlich vermisst.

Firno, ihr augenblicklicher Viehhäber, ein unzuverlässiger, sorgloser Mulatte, hatte das laurische Herz der wankelmütigen Rita in solchem Grade erobert, daß sie ihm gern an den fernsten und einsamen Borori Jacarepogua gefolgt war; er sollte heute nachmittag kommen und einen Freund zum Essen mitbringen. Rita verließ diese Nachricht, während sie ein Messer an der Türschwelle wegte (eine Vorbereitung, um den melancholischen Fisch aufzuschneiden), und schon sammelte sich ein Haer von Käsen, durch das kleinerprechende Schleifen der Klinge angelockt.

(Fortsetzung folgt.)

Gefahren für die Volksschule.

Der Lehrerverband Berlin hat folgende Entschliessung angenommen:

„Der Berliner Magistrat versucht, durch das bequeme Mittel der Ausgabenreduzierung der finanziellen Schwereigkeiten der Stadt Berlin Herr zu werden. Die beabsichtigten Sparmaßnahmen treffen besonders hart die Volksschule. Sie betreffen: 1. Stilllegung selbst unbedingt notwendiger Schulbauten und Verminderung der Mittel für laufende Unterhaltung der Schulgebäude und ihrer Einrichtungen; 2. Einschränkung der Mittel zur Beschaffung von Lehrmitteln, Lernmitteln für bedürftige Schüler, für Schulwanderungen, für Turn-, Spiel- und Schwimmgeräte; 3. Herabsetzung der Ausgaben für Schutreinigung, für Beleuchtung, Heizung und Wasserverbrauch; 4. Kürzung der für die Fortbildungseinrichtungen der Lehrerschaft notwendigen Mittel; 5. Heraushebung der durchschnittlichen Klassenbesetzungsziffer. — Die Durchführung dieser Sparmaßnahmen würde die Leistungsfähigkeit der Volksschule herabsetzen und das Schulwesen unverantwortlich schädigen. Der Vorstand des Lehrerverbandes Berlin ruft alle Freunde der Volksschule und alle, die sich verantwortlich fühlen für die Erziehung und Bildung unserer Jugend, zum Kampfe gegen die kulturwidrigen Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats auf.“

In einer ähnlichen Entschliessung erhebt der Berliner Lehrerverband seinen Einspruch gegen „Sparmaßnahmen“

des Magistrats, die die Leistungsfähigkeit der Volksschule so stark herabsetzen, daß sie die ihr gestellten Aufgaben an der Bildung unserer Volksschule nicht mehr erfüllen kann“. Die Entschliessung sagt: „Ganz untragbar erscheint die Sperrung der notwendigen Mittel für Umbauten und Instandsetzungsarbeiten älterer Berliner Schulen, für die seit Jahrzehnten nichts getan ist und die Sperrung der Mittel für unbedingt notwendige Schulneubauten. Die Heraushebung der durchschnittlichen Klassenbesetzungsziffer zerstückelt durch Unschulung und Durchschulung der Kinder die Gemeinschaftsarbeit der oberen Klassen, ruft tiefe Erregung in der Elternschaft und Öffentlichkeit hervor und nimmt der Lehrerschaft in den überfüllten Klassen die Möglichkeit, noch arbeitschulmäßig zu unterrichten. Es ist der Lehrerschaft bei Sperrung der Mittel zur Beschaffung von Lehrmitteln, von Mitteln für Schüler- und Lehrerbüchereien und für die Lehrplanmäßigen Schulwanderungen nicht möglich, ihre Aufgabe im Sinne der amtlichen Richtlinien zu erfüllen. Unverständlich ist die Herabsetzung der Mittel für Schutreinigung, Beleuchtung und für Wasserverbrauch, da hierdurch die Gesundheit der Kinder unter Umständen geradezu gefährdet wird. Der Berliner Lehrerverband wendet sich an den Magistrat, an die Stadtverordnetenversammlung, an die Elternschaft und alle Freunde der Volksschule und ruft sie auf zum Kampfe gegen kulturwidrige Sparmaßnahmen.“

Börsetreffen keinen Einfluß auf die Kurse hätten. Die Börse frage nicht „Was ist“, sondern „Was ist los?“, wenn sie Aktien kauft. Rechtsanwalt Dr. Mosberg beantragte die Freisprechung der Brüder Lindemann von der Hauptanklage der betrügerischen Kursstreiberien. Das Urteil wird Mittwoch um 11 Uhr gefällt werden.

Eisenbahnunglück in Oldenburg.

Zwei Schwer- und elf Leichtverletzte.

Oldenburg, 21. Januar.

Auf der Eisenbahnstrecke Barel—Rodenkirchen überfuhr ein Personenzug wegen dichten Nebels ein Halbesignal und fuhr auf einen Güterzug auf. Bei dem Zusammenstoß wurden 13 Personen verletzt, darunter zwei schwer.

Geisteskranker unter dem Auto.

In der Alexanderstraße wurde am Dienstag vormittag der 40 Jahre alte Geistesranke Paul Kuschinski aus der Anstalt Herzberge von einem Auto überfahren und erheblich verletzt, so daß man ihn in das Birchow-Krankenhaus bringen mußte. Kuschinski hatte sich von seinem ihn begleitenden Pfleger losgerissen und war direkt in das Auto hineingefahren.

Rücktritt des Wormser Magistrats?

In Worms hat der gesamte Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze der Stadtverordnetenversammlung seine Demission angeboten. Worms hat seit langer Zeit mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen und die finanzielle Lage der Stadt wurde in den letzten Wochen sehr schwierig. Nachdem es zwischen Erwerbslosen und der Polizei zu schweren Zusammenstößen gekommen war, wurde der Magistrat aus Kreisen der Bevölkerung in schärfster Weise angegriffen.

Eltern, die für die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen eintreten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sowohl die Aufbauschule am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium zu Neudölln als auch das Realgymnasium selber vom Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das Recht erhalten haben, Knaben und Mädchen gemeinsam aufzunehmen. (Bedingte Anmeldung ist jeden Tag nach 11 Uhr möglich.)

Eine Vorkursfahrt über den Müggelsee veranstaltete der Verein der Naturfreunde „Baldur“ in jener maßgebende und in Berlin noch immer einflussreiche Robinsenschiff, das Tausenden von Berliner Probierenkindern, dazu der Gewerkschaftsjugend, der sozialistischen Arbeiterjugend und den Arbeiterportieren, Stunden unerschütterlicher Freude bereitet hat. Um die Idee des Ueberrichtungsfestes zu fördern, bildete sich aus Kreisen von Volkswunden jener Verein. Er hatte am Sonntag mit der Fahrt des ocedeten Schiffes „Kreuz 14“ der Reederei Schmidt Glück. Als man über die Müggelsee fuhr, war es so milde und windstill, daß alle Teilnehmer auf Deck blieben. In Waltersdorf, ganz durchweht von milden Frühlingserregungen, wurde Rast gemacht und erst am Abend die Heimfahrt angetreten. Die Organisation und der Verlauf der Fahrt stellen dem Vorstand das beste Zeugnis aus.

Um den Nachtarif der BVG.

Die BVG hat für Berlin einen besonderen Autobusdienst eingerichtet, der in den Nachtstunden in Betrieb genommen wird, wenn Straßenbahn und U-Bahn ihren Verkehr einstellen beginnen. Für diese Fahrten besteht ein besonderer Nachtarif. Die Kommunisten fordern nun in einem Antrag die Aufhebung dieser Nachtgabe. Die sozialdemokratische Rathausfraktion hat demgegenüber einen Änderungsantrag eingebracht, der das Interesse der nacharbeitenden Arbeiter und Angestellten näher nimmt und trotzdem die Möglichkeit schafft, den „Bummelern“, die sich meist aus begüterten Kreisen rekrutieren, als Gegenleistung für die höheren Betriebskosten eine Sondergabe abzunehmen. Der Änderungsantrag hat folgenden Wortlaut:

„Für Arbeitnehmer, die beruflich Nachtarbeit zu leisten haben, werden Ausweislisten eingeführt, die auf Grund einwandfrei erbrachten Nachweises den nacharbeitenden Arbeitnehmern ausgestellt werden und die zur Benutzung der Verkehrsmittel der Stadt Berlin zum normalen Tagesfahrpreis berechtigen, auch während der Zeit, für die die erhöhte Nachtgabe sonst gilt.“

Die sozialdemokratische Fraktion wird außerdem einen Antrag einbringen, der fordert, daß die Empfänger der Stadt Berlin auf das Notwendigste eingeschränkt werden.

Rasende Fahrt mit dem gestohlenen Auto Autodieb überfährt eine Passantin.

Gestern nachmittag ereignete sich vor dem Hause Neue Kantstraße 15 ein schwerer Unfall. Ein Privatauto geriet infolge zu schneller Geschwindigkeit auf den Bürgersteig und überfuhr eine Passantin. Die Verunglückte, eine 50jährige Frau Emma Benzel aus Charlottenburg, Königsweg 26/27, wurde mit Knochenbrüchen ins Hildegarde-Krankenhaus gebracht. Der schuldige Chauffeur, gegen den die Menge eine brandschreiende Haltung eingenommen hatte, wurde zum nächsten Polizeirevier gebracht, wo sich überraschend herausstellte, daß er den Wagen im Westen gestohlen hatte und in letzter Zeit geflüchtet war. Der Täter, ein 23jähriger, wohnungsloser Rudolf Tophan, wurde ins Polizeipräsidium gebracht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er schon heute vor dem Schnellrichter abgeurteilt werden.

Vor dem Schnellrichter wurde am Dienstag nachmittag ein hartes Urteil über einen Autodieb verhängt. Es handelt sich um den stellungslosen Schmiel Rudolf K., der sich an ein in der Fasanenstraße unbeaufsichtigt stehendes Privatauto herangemacht und einen Pelzmantel, eine Aktenmappe usw. aus dem Wagen geraubt hatte. Er war von Passanten beobachtet worden und nach einer mühen Flucht durch den Tiergarten konnte der Täter gefaßt werden. K. wurde zu acht Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Börse als „moralische Anstalt“.

Zum Prozeß gegen Kommerzienrat Lindemann.

In dem Prozeß gegen Kommerzienrat Karl Lindemann und seine Brüder machte Rechtsanwalt Dr. Mosberg, der nach dem Strafamttrag des Staatsanwalts als Verteidiger der drei Lindemann das Wort nahm, interessante Ausführungen über das Börsenspiel.

In seinem weitläufigen Vortrage erklärte Dr. Mosberg zunächst, daß ein Betrug im Sinne des Börsengesetzes nicht vorliegt. Es stelle keinen Betrug dar, wenn jemand durch Ankauf von Aktien Kurssteigerungen bewirke. Bei einem Betrug nach dem Börsengesetz müßte durch betrügerische Mittel auf die Kurssteigerung eingewirkt werden, z. B. durch falsche Nachrichten, die für die Bewertung von Aktien maßgeblich sind und die in die Öffentlichkeit lanciert werden. Hier habe aber das Publikum die Brandenburgischen Holz-Industrie-Aktien lediglich deshalb gekauft, weil es sah, daß sie dauernd stiegen. Es handelte sich dabei um einen Vorgang, der sich in analoger Weise oft an der Börse abspiele. Es ist eine alte Erfahrung, daß je vornehmer der Gegenstand eines Handels ist, wie Pferdehandel, Kunsthandel, um so schlechter die kaufmännischen Gebräuche werden, und eine Moralisierung des Börsenspiels auf dem Umwege über den Staatsanwalt zu erreichen, müßte glatt abgelehnt werden. Die Taten der Anklage, daß die ganze Holzindustrie-W.G. lediglich ein Kartenhaus gewesen sei, habe die Bemerkung nicht ergeben. Zum Schluß wandte sich Dr. Mosberg dagegen, daß der Staatsanwalt die Börse als eine moralische Anstalt hingestellt habe, um eine Betrugsanklage zu konstruieren. Wollte der Staatsanwalt die strengen Grundsätze, die er im vorliegenden Falle anwende, auf die ganzen Börsengeschäfte übertragen, so müßte er ein Dach über das Börsenportal ziehen und daraus ein Gefängnis machen. Der Staatsanwalt dürfe nicht den naiven Glauben predigen, daß sich die Börsenkurse nach dem wahren Wert der Aktien richten und daß Treibereien in

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Der Kursus der Genossin Koenig „Der innere Aufbau der Partei und ihre Funktion“ fällt diesen Mittwoch aus. Nächster Abend am Mittwoch, dem 29. Januar.

- 1. Kreis: Grenzmann, Bonn, 22. Januar, um 10 Uhr, zum letzten Mal im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 2. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 3. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 4. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 5. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.

Heute, Mittwoch, 22. Januar.

- 1. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 2. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 3. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 4. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 5. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.

Morgen, Donnerstag, 23. Januar.

- 1. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 2. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 3. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 4. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.
- 5. Kreis: Reichshof, am Freitag, dem 24. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller. Generalsammlung am Donnerstag, dem 23. Januar, 10 Uhr, im Saal des Reichshofes. Eintritt 20 Pf. Kassier: Carl Müller.

Funkwinkel.

Bruno Schönicke gibt in der Stunde mit Büchern einen Überblick über die neueste Lyrik. Es ist kein bloßes Referat, sondern ein lebendiges Nachdenken, ein Versuch, von innen heraus diese Werke zu verstehen und zu empfinden. Hier spricht ein Mensch, der selber Dichter ist und der die Dinge misst. — Aus Leipzig wird am Nachmittag ein Konzert mit Opernauszügen und Fantastien übertragen. Der Dirigent Wilhelm Kroll hält sich frei von Sünden, die durch allzu häufigen Gebrauch abgenutzt worden sind. Unter anderem bringt er auch die Lohengrin aus Braunschweig. „Die Vögel“. Das Orchester klingt, abgesehen von einigen Lohengrin-Tönen, gut, die Leitung erscheint nicht besonders temperamentvoll. — Auch das abendliche Orchesterkonzert unter Bruno Seidler-Winckler wandelt nicht nur auf ausgetretenen Bahnen. Den Höhepunkt des Programms bildet Arnold Schönbergs Vortrag des Hubanischen Konzerts und Tschaikowskis Rokokovariationen. Höchste Meisterschaft ist hier erreicht, ein Können und eine Kultur, ein Wissen, das die letzten technischen Raffinements mit stürkster Befassung verknüpft. Unschuldig und ganz begleitet Seidler-Winckler mit dem Orchester. — In der Pause liest Anna Höllering Dichtungen des Franzosen Frances Vermees. Sie dehnt zu sehr und spricht zu monoton. Außerdem wäre weniger mehr gemocht. — Der Abend wird beschlossen durch das Hörbild „Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, von Frankreich aus gesehen“, das gleichzeitig auch in Frankfurt aufgeführt wird. Nach den Dokumenten wird die Weltnachschub der Pariser Kammer rekonstruiert. Es handelt sich also um einen Wirklichkeitsbericht, der in dramatischer, szenischer Form, gereinigt von gewissen Zufälligkeiten, Tatsachen bringt. Der Stoff ist heute, besonders nach der Haager Konferenz, aktuell. Aber selbst ein wenig interessiert Hörer muß die innere dramatische Spannung dieser Dialoge erkennen. Ebenfalls ist dieser Versuch gefällter als die bisherigen auf diesem Gebiet, was auch an den Sprechern liegt, die diesmal gut gewählt sind.



Kaiser's Kaffee

wieder 20% billiger

5%
RABATT
IN MARKEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT ÜBER 1000 FILIALEN!

Freitag, 24. Januar.

107. WFL. Kaspow, 18 1/2 Uhr bei Pöhlitz, Klefholz. Die Offenbrunn große...

Frauenveranstaltungen.

1. Uhr. Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr. Bei Böhner, Wilmersdorf Str. 24...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

11. Kreis Kesseln. Freitag, 23. Januar. Kurzer im Parkhaus, Zimmer 107...

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Bezirksgruppe Berlin.

Besuchsstunde am Donnerstag, dem 23. Januar, um 10 Uhr, in...

Jungsozialisten.

Gruppe Bauzschlamm. Deuts. Mittwoch, nächst 19 1/2 Uhr. Beim Ernst...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Adressen. Die Adressen der Bezirksgruppen sind unten. Gleichzeitige bitten...

Geburtsstage, Jubiläen usw.

17. WFL. Gensswald. Letzten Familiengedächtnis, dem Genssen Sohn...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

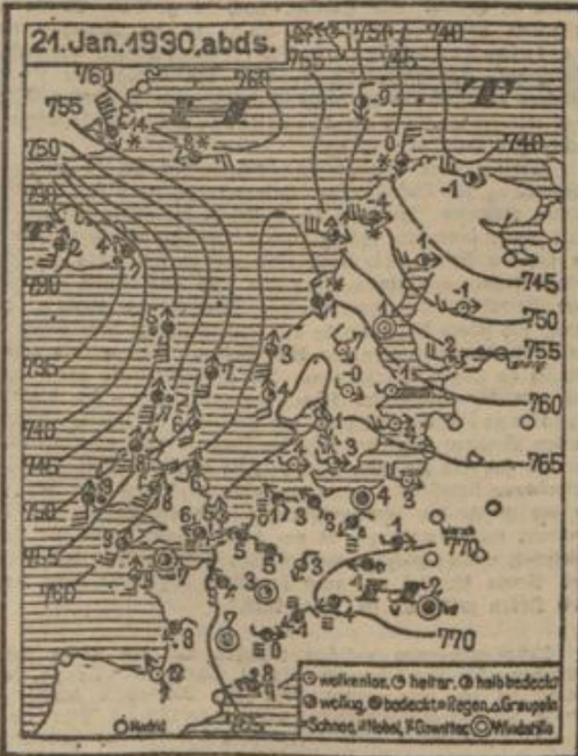
12. WFL. Unter Hohen Capelle. Fabert. Erinnert ist im Alter von 70 Jahren...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

1. WFL. 22. Januar. 8 Uhr. Generalkonferenz in der Wilmersdorf, Wilmers-

Allgemeine Wetterlage.



Im Bereich der im Laufe der Nacht zu Dienstag zu uns ge-

Wetterausichten für Berlin und weitere Umgebung. Teils heiter, teils neblig nachts Frost, am Tage noch ziemlich mild, schwache...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wochenversammlung am Donnerstag, 22. Januar, nächst 10 Uhr, im...

Heute, Mittwoch, 22. Januar, 19 1/2 Uhr:

Kolonnapakt: Schule Griebelstraße 19. Fortsetzung: „Fahren der Grot-

Wochenversammlung und Besen: Sprechstunde in der Schul-

1. WFL. 22. Januar. 8 Uhr. Generalkonferenz in der Wilmersdorf, Wilmers-

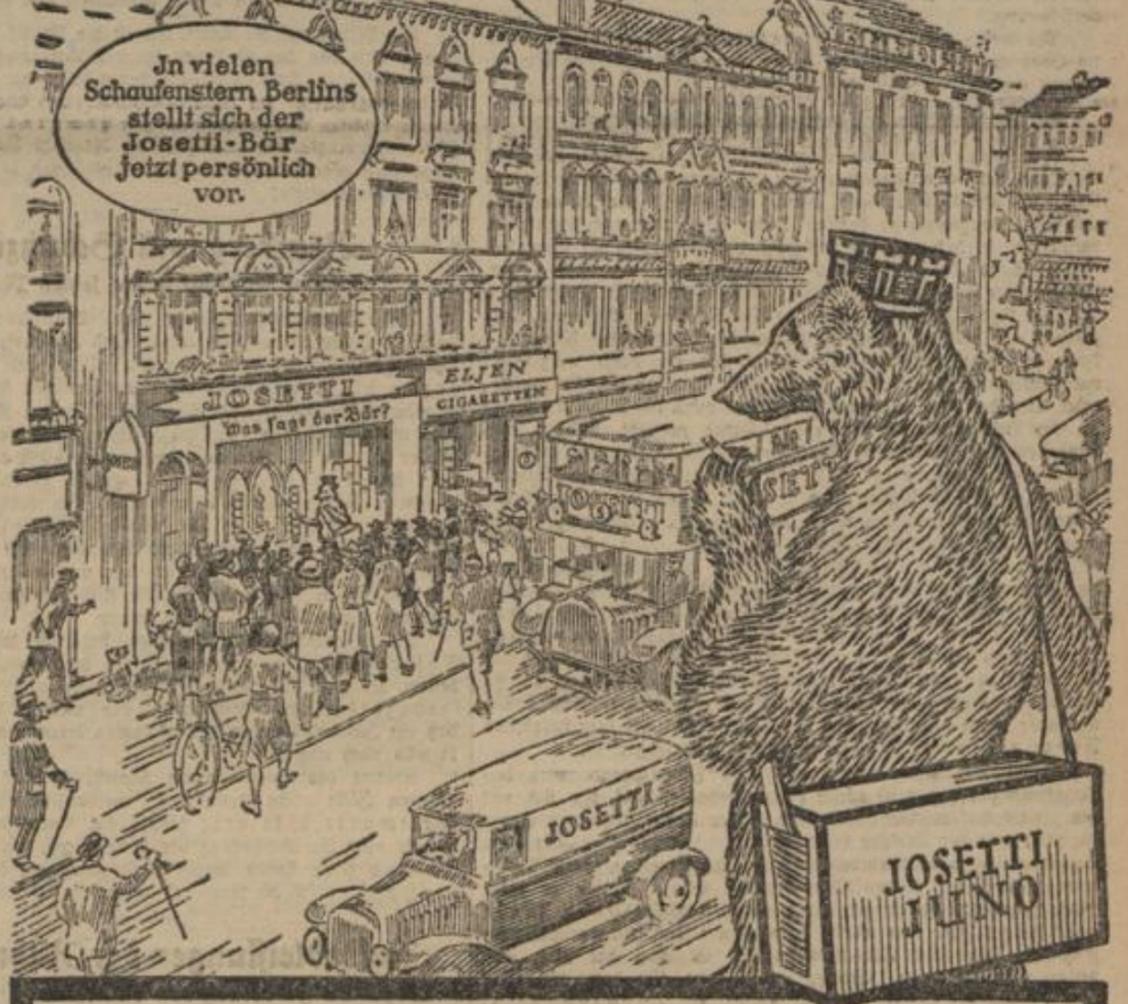
Wahlturnier bei Kaddah. In diesen Tagen findet in den Ber-

schaffen klar und deutlich, wie ungemein einfach, schnell und schonend...

Die Karnevalszeit reicht im Rheinland das ganze Volk in seinen...

Bonds in der Friedrichstraße. In den Räumen des eht-

Was sagt der Bär?



„Schaut her-ich bin's“

der Josetti-Bär, und werbe für eines der erfolgreichsten Erzeugnisse unserer Stadt:

Josetti Juno Berlins meistgerauchte 4/8 Cigarette

Rudolf Neunzig: Papageienfang

In letzter Zeit sind die schönen und gefiederten Papageien in der Tagespresse des öfteren im Zusammenhang mit dem Auftreten einer Krankheit, der *Vittacosis*, genannt worden, als deren Überträger sie angesehen werden. (Es steht aber keinesfalls sicher fest.) Die hohen Einfuhrzahlen von Papageien zeigen die große Beliebtheit, der sich diese Vögel allgemein erfreuen. Sie sind beliebte Stubengenießen des Menschen geworden, von Angehörigen aller Kulturvölker geschätzt und gepflegt. Diese Beliebtheit müssen sie sicher irgendwelchen Vorzügen, die sie vor anderen Vogelarten haben, verdanken. Solange sie jung sind, lassen sie sich leicht zähmen, haben ein lebenswürdiges Wesen und erfreuen durch farbenprächtiges Gesieder. Die Verpflegung und Haltung der meisten Arten in der Gefangenschaft macht wenig Schwierigkeiten. Außerdem besitzen sie die Fähigkeit, menschliche und tierische Sprache nachahmen zu können. Melodien pfeifen, menschliche Worte sprechen sie nach. Andere Arten, wie zum Beispiel der Wellensittich, zeigt sich in der Gefangenschaft zur Fortpflanzung geneigt. Er ist ein Kulturvogel geworden, dessen Züchtung und Pflege in allen Kulturstaaten betrieben wird.

Zu den beliebtesten Papageienarten zählen die Amazonenpapageien, Vögel von Laubengröße, grüngefärbt mit roten, gelben oder blauen Abzeichen. Schon seit Jahrhunderten nehmen die Indianer die jungen Amazonen aus den Nestern und füttern sie auf, um sie zu zähmen und abzurichten. Als die Spanier zuerst amerikanischen Boden betreten hatten, sahen sie, wie die Portugiesen in Brasilien, in den Hütten der Eingeborenen gezähmte Papageien. Nachdem sich nun die Europäer dieser Liebhaberei zugewandt hatten und dann die Ausfuhr der Vögel nach Europa immer größeren Umfang annahm, beschäftigten sich die Indianer sehr eifrig mit der Aufzucht und Abrichtung der Amazonen. Fast alle Amazonenpapageien, die nach Europa gelangen, werden in ihrer Heimat bereits zahm oder halbzahm gekauft. Die Indianer sollen es sogar verstehen, einen alten gefangenen Vogel, der wild und unbändig ist, in überraschend kurzer Zeit zahm zu bekommen. Die Aufzucht der Amazonen ist dem Reiz entnommenen Jungvogel geschieht fast immer mit getauem Reis aus dem Munde. Schomburgk behauptete, daß die Indianer, da die Papageien gewöhnlich in den Astlöchern hober und unbedenklicher Bäume nisten, jedesmal den Baum fällen müssen, um sich der Jungen einer Brut zu bemächtigen. Wahrscheinlich wird es heutzutage nur noch gelegentlich dieser Umständlichkeit bedürfen, zumal man die Papageien häufig zu Hunderten aus den Nestern in den Astlöchern und anderen Höhlungen zu erlangen vermag. In der Regel bringen die Indianer jeden jungen Papagei bereits einige Worte in ihrer oder auch in spanischer oder portugiesischer Sprache bei, bevor sie ihn an den Europäer verkaufen. Die Indianer verkaufen die Papageien an Kaufleute, häufig tauschen sie die Vögel gegen andere Gebrauchsgegenstände ein. Die Kaufleute bringen sie in die Hafenstädte, von wo die Ausfuhr nach Europa beginnt. Außer Amazonen ziehen die Indianer auch andere Papageienarten auf, so die verschiedenen großen und schönen *Arara* Arten, und kleinere, langschwänzige Papageien, welche häufig als Sittiche bezeichnet werden. Von letzteren werden auch viele Exemplare mit großen Netzen gefangen. Zahme Krigenossen dienen dann als Bodenvögel. Die Labefahrt nach Europa geht, soweit es sich um große Importfirmen handelt, unter für die Vögel günstigen Bedingungen vor sich. Im allgemeinen haben die Importeure selbst ein großes Interesse daran, die Papageien in gesundem Zustande nach Europa zu bringen. Die Vögel sind schon in ihren Heimatländern nicht billig.

Unter ähnlichen Umständen wickelt sich der Fang und Handel mit Graupapageien ab, die das westafrikanische Waldgebiet bewohnen. Der Fang und Verkauf dieser Papageien wird von den verschiedenen Regerröckern, die sein Verbreitungsgebiet bewohnen, betrieben. In den westlichen Waldgebieten werden die Graupapageien jung dem Neste entnommen und aufgezogen. Die Hauptlinge des Binnenlandes sammeln die jungen Vögel, um sie, sobald sie eine größere Anzahl beisammen haben, an die Küste zu bringen. Für viele Gegenden ist der Bericht von *Beduel-Boesche* zutreffend: „Sind die Jungen flügge und haben sie sich bereits umhertreibend vor dem Nest geübt, so befestigt der Regor noch eingebrochener Dunkelheit den erkundeten Baum, hält einen Sack oder ein Netz vor die Öffnung der Bruthöhle und kopft mit einem Knüttel an den Stamm. Sofort fährt die ganze erschreckte Familie heraus und in den Sack. Am nächsten Morgen wird dieser geöffnet; die Alten läßt man davonfliegen, da sie lieber niemals zahm werden, die Jungen, drei bis fünf Stück, zieht man auf. Es ist sehr zu bedauern, daß die alten Vögel nicht zu zähmen sind, denn die in der Wildnis aufgewachsenen Vögel sind ausnahmslos viel schöner und stattlicher als alle vom Menschen aufgezogenen Vögel.“ In anderen Gegenden werden die jungen Vögel erst nach dem Verlassen des Nestes mit Schlingen oder Netzen gefangen. So in Uganda, wo nach *Emin Paschas* Bericht die Vögel in kleinen Netzen gefangen werden. Sie werden dort viel in Häusern gehalten und lernen schnell und gut sprechen.

Mit den Graupapageien wird nicht allein an den westlichen Küsten, sondern auch im Innern Afrikas ein schaumhoffer Handel getrieben. So sollen nach Clapperton gefangene Graupapageien nach Bornu auf den Markt kommen. Fischer berichtet, daß diese Vögel aus *Namema* nach *Widjidi* und von dort nach der ostafrikanischen Küste und Sansibar gebracht würden. Ueberall bei den Arabern habe er sie gefunden, da sie bei ihnen sehr beliebt seien. Nach *Reumanns* Mitteilungen würden Graupapageien in *Ufoga*, nördlich von *Victoria-Niassa*, häufig gefangen und alle Vögel, die zur Ostküste gelangen, kämen von dort. Doch seien sie schon in *Nuansa*, am Südrand des Sees, teuer. Im Innern Afrikas ist der Handel ein Tauschhandel, man kann sie dort gegen Waren von geringeren Werte erhalten. Infolge der intensiven kolonialen Bewirtschaftung und des lebhaften Handelsverkehrs in den westafrikanischen Küstengebieten ist der Graupapagei hier ein Handelsobjekt geworden, dessen Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt.

Die Papageien des indo-malajischen Archipeles kommen ebenfalls des öfteren in völlig gezähmtem Zustande nach Europa. Auch hier werden diese Vögel, meist *Kakadus* und *Saris*, von Eingeborenen aufgezogen. So kommt zum Beispiel von den Molukken ein großer, fast weiß gefärbter *Kakadu*, der *Molukken-Kakadu*, der, jung aufgezogen, zu den reizendsten und lebenswürdigsten Papageien zählt. Die australischen Papageien dagegen werden meist nicht in gezähmtem Zustande eingeführt. Sie gehören wegen ihrer Schönheit und Seltenheit zu den begehrtesten Papageien. Da sie zum Teil sich auch in der Gefangenschaft fortpflanzen, sind sie hoch im Preise. Keineswegs gilt von den australischen Zwergpapageien. Von den gezähmten sprachbegabten Papageien werden am häufigsten die Amazonen gehalten. Der Graupapagei findet wegen seines hohen Preises weniger Liebhaber, trotzdem er als der begabteste der ganzen Sippe gilt.

Moderne Gehirnforschung

Als die beiden französischen Forscher *Guilleaume Louis* und *Dubreuil-Chambardel* von kurzem das Gehirn des berühmten französischen Dichters *Anatole France* untersuchten, waren sie erstaunt, daß es nur 1017 Gramm wog. Bis vor gar nicht langer Zeit galt nämlich vielfach das Gewicht des Gehirns als Maßstab der Intelligenz, wird doch das Gewicht des menschengehirns nur von Elefant und Wal übertroffen. Das Hirngewicht anderer Tiere ist bedeutend geringer als das des Menschen. So beträgt das des Pferdes nur die Hälfte, etwa 700 Gramm, das des Gorillas nur 500 und das des Schimpansen nur 400, während das des Löwen kaum 200 Gramm übersteigt. Setzt man aber das Gewicht des Gehirns in Beziehung zu dem Körpergewicht, so ergibt sich, daß das Gehirn des Menschen verhältnismäßig am meisten wiegt. Danach finden wir beim Elefanten ein Verhältnis von 1 zu 260, beim Löwen von 1 zu 50. Um auch noch einige Hirngewichte bekannter Männer zu nennen, so sei hier das von *Rant* mit 1600, das von *Romansen* mit 1425, das von *Dante* mit 1420 und das von *Byron* mit 1807 Gramm angegeben. Seitdem man aber weiß, daß das Gewicht von *Dufay* v. *Liebig's* Gehirn mit 1100 Gramm und das des berühmten italienischen Heerführers *Gambetta* mit 1000 Gramm festgestellt wurde, konnten Hirngewicht und Intelligenz bzw. geistige Größe nicht mehr in Abhängigkeit voneinander gebracht werden. Heute wissen wir, daß Hirngewicht und allgemeiner Körperzustand, Fettreichtum, Todesursache, Wasserhaushalt usw. eng zusammenhängen, so daß wir uns hüten, allzu weitgehende Rückschlüsse aus dem Hirngewicht auf Geistesgröße usw. zu ziehen.

Vielleicht ist aber nicht das Gewicht, sondern der Fassungsraum des Schädels ausschlaggebend? Das wird durch die zuerst von *Lombroso* und später auch durch den Wiener Gelehrten *Benedikt* festgestellte Tatsache widerlegt, daß gerade Wüster oder anormal Beranlagte einen enorm großen Fassungsraum des Schädels haben. Interessante Feststellungen wurden aber in dieser Richtung insofern gemacht, als man eine deutliche Zunahme des Fassungsraumes der Schädelkapsel im Verlaufe der Jahrhunderte fand. Mit fortschreitender Kultur wächst also der Fassungsraum des Schädels. So finden wir im 12. Jahrhundert einen durchschnittlichen Fassungsraum, der um 35 Kubikzentimeter geringer ist als der im 19. Jahrhundert. Sollte es denn nun überhaupt keinen Anhalt für Intelligenz und Begabung im Gehirn oder am Gehirn geben? Zuerst glaubte man in dem Reichtum an Hirnwindungen, ihrer Anzahl und Art einen Hinweis auf Intelligenz gefunden zu haben. Als aber um 1910 der Deutsche *Kogelbrugge* an einem außerordentlich reichen Material nachwies, daß die Hirnwindungen sehr verschieden und sehr mannigfaltig sind und daß sich aus ihrer Gestalt und Anordnung nichts feststellen läßt, als schließlich *Wall* verschiedene vorher genau gekennzeichnete *Regor*- und *Europäerhirne* verschiedenen Anatomen, denen die Herkunft unbekannt war, zur Begutachtung vorlegte und aus ihren Antworten nachweisen konnte, daß sich aus Gestalt, Gestalt und Beschaffenheit einzelner Teile nichts über Abstammung und Geschlecht des Trägers sagen läßt, mußte auch diese Methode als unwissenschaftlich abgelehnt werden.

Um so eifriger wurde weiterhin an diesen Problemen gearbeitet. So trat dann *Brodmann* bald mit der Meinung hervor, daß nur des Stirnhirns Einfluß auf Denkfähigkeit und geistige Qualitäten ausübe. Setzt man nämlich das Stirnhirn in Beziehung zum Gehirnhirn, so erhält man folgende Zahlen: beim Menschen 29, beim Schimpansen 17, beim *Ravan* 10, beim Hund 7, bei der *Kage* 3 und beim Kaninchen nur 2 Prozent. Die „hohe Stirn“, die ja auch heute noch als Zeichen der Begabung angesehen wird, hat also in dieser Hinsicht ihre Berechtigung. Neuerdings machen sich aber auch noch andere Meinungen geltend. So glauben die Physiologen, namentlich die physiologischen Chemiker, daß Begabung und Intelligenz von dem Vorhandensein von Phosphor und Stickstoff im Gehirn abhängig sind. Namentlich die *Lezithine* und die *Zerebroline* sollen hierfür ein guter Maßstab sein, und die neuesten Forschungen auf diesem Gebiete, die nach Zufuhr dieser Stoffe sehr oft herabgesetzte Ermbilichkeit an den Versuchspersonen und gesteigerte physische Lebhaftigkeit erkennen lassen, scheinen dieser Meinung recht geben zu müssen. Die allerneuesten Versuche aber, die mit Hilfe des elektrischen Stromes unternommen wurden, scheinen auch auf dem besten Wege zu sein, die Zusammenhänge zwischen Gehirn und Intelligenz aufzuklären.

Erhaltung der kanadischen Totem-Pfähle

Hunderte von Totem-Pfählen, diesen charakteristischen Erzeugnissen der indianischen Kunst, sind über *British-Kolumbien* verstreut. Viele von ihnen finden sich in einem Bereich von 25 Meilen an der kanadischen Eisenbahn. Von den Aufsichtswagen der Säge- und Holztransporteure werden diese Totem-Pfähle oft zerstört. Die kanadische Regierung unternimmt nun seit einigen Monaten Maßnahmen, um diese Denkmäler der alten heimischen Kultur für künftige Geschlechter zu erhalten. Archäologische Sachverständige sind zur Aufnahme der einzelnen Totem-Pfähle und zu ihrer Erforschung ausgesandt worden. Früher hielt man diese indianischen Schnitzereien für Götterbilder, aber es steht jetzt fest, daß sie von den Indianern zur Erinnerung an berühmte Tote errichtet wurden. Viele der Pfähle wurden von ihrem ursprünglichen Standort entfernt und in Museen oder Parks aufgestellt. So befinden sich z. B. im *Stulen-Park* zu *Vancouver* zahlreiche vorzügliche Beispiele dieser indianischen Kunstübung. Man hat ein indianisches Musterdorf aufgebaut, das mit zahlreichen Totem-Pfählen geschmückt ist. Die neuen Erhebungen zeigen, daß die älteren Pfähle aus besserem Holz geschnitten sind als die jüngeren. Nachdem der Baumstamm sorgfältig von allen Zweigen befreit und seine Oberfläche geglättet war, brachte der Schnitzer an dem Pfahl Symbole an, die zu der Familie des Toten in Beziehung standen. Diese Schnitzereien weisen eine große Mannigfaltigkeit auf. In manchen Fällen stellen sie die Person dar, der zu Ehren der Pfahl errichtet wurde. In anderen Fällen enthalten sie Symbole aus der Familiengeschichte oder mythologische Gestalten sowie die Wiedergabe von Ereignissen, die nur in der Phantasie der Indianer existierten. Es gibt groteske und grausige Gestaltungen, die einen unergieblichen Eindruck hinterlassen.

Die kanadische Regierung hat sich, bevor sie die Wiederherstellung der Totem-Pfähle unternahm, die Erlaubnis der indianischen Stämme gesichert. Zunächst wollten die Häuptlinge nichts davon wissen, daß sich die Weißen an ihren Totem-Pfählen etwas zu schaffen machten; nachdem ihnen aber gelobt worden war, daß es sich nur um Erhaltungsarbeiten handelte, unterließen sie sogar die Reservierung durch Angabe der genauen Farben, mit denen die Pfähle geschmückt waren.

Peter Bong: Mein Vater und mein Sohn

Mein Sohn ist 9 Jahre alt. Wenn ich nun den kleinen Jungen betrachte, stelle ich fest, daß er ein ganz anderer Mensch ist, als ich es in seinem Alter war. Ich bin jetzt 42, 33 Jahre Differenz ist zwischen uns vorhanden. In dieser Zeit muß die Welt sich sehr verändert haben. Ich wundere mich sehr, daß es zwischen Vater und Vater solch große Unterschiede gibt. Mein Vater z. B. war gelehrt wie ein Akademiker. Ich konnte sehr viel von ihm lernen. Dagegen kann mein armer Sohn von mir gar nichts lernen. Denn ich bin ein Ignorant.

Wie schön war es, wenn mein kluger, weiser, gelehrter Vater mit mir spazieren ging.

Ich war ein sehr neugieriges Kind. Doch mein gelehrter Vater konnte auf alle Fragen, die ich an ihn richtete, schlagfertig antworten. Ich erinnere mich noch, wie ich eines Tages zum ersten Male eine Straßenbahn erblickte und meinem Vater zurief: „Papa, schau mal hin, eine Pferdebahn ohne Pferde!“

„Das ist keine Pferdebahn, sondern eine elektrische Bahn,“ erklärte mir mein Vater.

„Und wer zieht den Wagen?“ fragte ich.

„Niemand! Er geht nur elektrisch!“

„Elektrisch? Was ist das?“

Mein Vater, der nicht dusen konnte, wenn jemand ein Dummkopf war, schwang seinen Spazierstock in der Luft und sagte erregt:

„Du Reel, wenn du noch solche Dummschheiten fragen willst, kriegst du eins von mir!“

In diesem Tage besuchten wir auch unseren Onkel, der ein reicher Mann war und in seinem Arbeitszimmer einen Telephonapparat hatte. Privattelephon war damals noch eine große Neuheit. Ich trat nahe an den Apparat und begann langsam und bedächtig den Hörer mit meinem Zehngelinger zu berühren.

Mein Vater, der nicht nur ein kluger, sondern auch ein vornehmlicher Mann war, sprang in diesem Augenblick von seinem Sitz auf und versetzte mir eine schallende Ohrfeige.

„Du Hergelaufener!“ rief er. „Nicht anfassen! Es kann explodieren!“

Ja, ja, in jener Zeit explodierten noch manche Telephonapparate. Wahrscheinlich waren sie mit Schießpulver gefüllt.

Als mein Vater und ich nach Hause gingen, war es schon sehr dunkel. Die elektrische Beleuchtung in der Straße der Kleinstadt war noch eine Sensation. Es war kalt, mindestens 20 Grad. Alle elektrischen Birnen waren plötzlich ausgegangen.

„So kalt ist es,“ erklärte mir mein Vater, „daß der Strom erfroren ist. Weißt du, was Strom ist?“

„Rein,“ antwortete ich.

„Ja also, öffne deine Ohren und hör mal zu. Es gibt ein hohes Rohr, in das das Elektrizitätswerk Strom hineinspritzt.“

Wenn es aber so kalt ist wie jetzt z. B., so kann der Strom erfrören und zu brechen aufhören.“

In diesem Augenblick stammten die Lampen wieder auf und brannten weiter.

„Wahrscheinlich mildert sich schon das Wetter,“ bemerkte, murmelnd mein Vater.

Mein Vater war ein Genie. Ein fertiger Chemiker, Techniker, Meteorologe, er wußte alles. Alles, was ich heute weiß, lernte ich nur von ihm. Also, als mir meine Frau unlängst sagte, daß ich als Vater mit meinem Sohn einen Spaziergang machen könnte, entschloß ich mich, meinen Sohn unterwegs auf verschiedene interessante Dinge aufmerksam zu machen und sie ihm zu erklären. Wir spazierten am *Kurfürstendam*. Ich, der Zweiwundertjährige zeigte meinem Neunjährigen ein Auto:

„Siehst du? Ein Hanomag!“

Mein Sohn schaute hin und sagte:

„Du hast Glück, Papa! Niemand hat deine Dummheit gehört!“

Das ist kein Hanomag, sondern ein südamerikanischer *HPO*. Das neueste Modell. Es gibt vorläufig nur drei Wagen in der ganzen Welt. Einen hat der alte *Kodierler* seinem jüngsten Enkel als Geburtstagsgeschenk gegeben, der zweite ist im Besitze eines *Naharadschas* in *Wesindien*, und der dritte läuft hier in Berlin.“

Ich schämte mich sehr, denn ich sah, daß mein Sohn selbst das lebende technische Genie ist. Nunmehr entschloß ich mich, modern technische Fragen nicht mehr zu berühren.

Ohne ein Wort spazierten wir weiter, als ich endlich einen Schirmmacher erblickte, der unter seinem Arm alte Schirme trug. Ich war ganz glücklich. Endlich etwas, ein altes Ding, das mein Sohn nicht kannte.

„Du!“ wandte ich mich stolz an ihn. „Weißt du, wer dieser Mann ist? Der Mann dort, der eben uns gegenüber steht ist ein Schirmmacher!“

„Papa, du bist ein Kameliden,“ lachte mich mein Sohn aus vollem Halse aus. „Dieser Mann dort ist kein Schirmmacher, sondern er ist ein Golfspieler!“

Ich ließ meinen Sohn dort an der Strohkede allein, und zwei Tage lang ließ ich mich nicht zu Hause sehen.

So waren gestern unsere Väter.

Und so sind heute unsere Söhne.

Kurze Wellen. In Erlangen hat Dr. *Kohl* eine Radioröhre hergestellt, mit der er Wellen bis herunter zu 8 Zentimeter Länge senden kann. In diesen Wellen lassen sich sehr lehrreiche Studien über Brechung, Reflexion, Polarisation usw. anstellen. Wahrscheinlich werden sie auch in der Chemie und Medizin zu Bedeutung gelangen. Für die Funktechnik kommt in Betracht, daß sich die Wellen sehr scharf in bestimmter Richtung senden lassen.

Gefahr der Arbeitslosigkeit.

Die Parole der Gewerkschaften: Schafft Arbeit!

Die Not steigt. Auch die unerschütterlichsten Optimisten für die zweite Hälfte dieses Jahres einen großen wirtschaftlichen Aufschwung zu prophezeien glauben, können nicht übersehen, daß der Zustand von unvorstellbarem Ernst ist.

Die Arbeitslosen, unter denen große Massen vor dem Ausgehenden aus fast jeder Unterstufung stehen, können nicht dem Verhungern preisgegeben werden.

Für die Aufhebung des Baumarstes muß so reich wie möglich etwas geschehen. Die mit der Lösung nur dieser beiden Fragen bereits verbundenen Finanzschwierigkeiten werden von einem verbündeten Unternehmertum benutzt, um die Sozialpolitik einzuzengen und abzubauen.

Demgegenüber dringen die freien Gewerkschaften mit steigendem Nachdruck darauf, daß umgekehrt gerade jetzt fortschrittliche Sozialpolitik getrieben wird. Dieser Standpunkt der Gewerkschaften ist jedoch in Köln auf einer Tagung des A.D.B., Bezirk Rheinland-Westfalen, von den Reichstagsabgeordneten Grafmann und Heinig eingehend begründet worden.

Grafmann wies darauf hin, daß eine allzu große Verschuldung der Arbeitslosenversicherung an das Reich eine Gefahr für die Selbstverwaltung der Reichsanstalt darstelle. Die Finanzschwierigkeiten der Reichsanstalt könnten jedoch unmöglich auf dem Wege der Solidarisierung der Sozialversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. Es sei schon schlimm genug, daß durch

die Schuldenmaterie des Reiches

bei der Invalidenversicherung dem Kleinwohnungsbau enorme Mittel entzogen worden seien. Grafmann ging mit einigen Sätzen auch auf die Frage der Kapitalbildung ein, die neuerdings von den Unternehmern bei ihrem Kampf gegen die „sozialen Lasten“ immer wieder aufgeführt wird. Er erklärte, die Unternehmer hätten ihre Gewinne in den letzten Jahren in steigendem Maße in die Betriebe gesteckt; nach dem Urteil von Bankfachverständigen hätten heute viele Betriebe zuviel Kapital. Die Kapitalbildung bei den Sportstätten

sei der Industrie nicht willkommen. Die Gemeinden wolle man unter dem Druck der Kapitalisten sozialpolitisch an die Kette legen. Schon habe man vielen öffentlichen Betrieben, die dem Privatkapital ein Dorn im Auge seien, den Weg zu langfristigen Auslandsanleihen abgesperrt. Die Kapitalisten habe den Baumarst in eine Katastrophe gestürzt, so daß schließlich sogar die Bauunternehmer nach einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften gerufen hätten.

Ein Ausweg aus dieser Sackgasse, in die die Diktatur Schachts geführt habe, müsse jetzt endlich erzwungen werden. Die Parole des A.D.B. laute:

„Schafft Arbeit durch Förderung des Wohnungsbaus!“

Langfristige Auslandsanleihen müßten in vorsichtiger, die Rente nicht zu sehr belastender Form hereingekommen werden. Steuerentlastungen könnten nicht vor Balancierung des Etats erfolgen. Im Notfall habe man mit einer befristeten Erhöhung der Steuern auf Genussmittel im Wege einer außergewöhnlichen Hilfsmaßnahme zu rechnen. Die Steuerbefreiungen müßten höher verzinst werden, und jede Lohnherabsetzung, die die Kaufkraft der Massen weiter schwäche, sei aufs energischste abzuwehren. Die Sozialpolitik, das heißt den Kampf gegen den Angriff auf Lohn und Arbeitszeit bis zum letzten zu verteidigen, sei soziale Pflicht.

Reichstagsabgeordneter Heinig behandelte die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft. Die Wirtschaft gehe gezwungenermaßen zur Planwirtschaft über. Das bedeute Konzentration auf wenige besonders rationelle Betriebe, also Stilllegung für viele Werkstätten. Mit Subventionen sei da nicht zu helfen. Vom Betrieb aus sei das Problem nicht zu lösen. Die Entwicklung zur Planwirtschaft könne man nicht hemmen. Man könne und müsse jedoch ihre schädlichen Auswirkungen auf die Arbeiter auffangen, und dazu sei eben eine gut ausgebaute Sozialpolitik notwendig, die den Arbeiter solange zu betreuen habe, bis er wieder Arbeit finde. Die Sozialpolitik sei der starke Wall, der den Unternehmer verhindere, bei Arbeitslosigkeit das Lohnniveau zu senken.

unmögliche Antrag gestellt, die Ausgeschlossenen zur Versammlung zuzulassen.

Der Antrag war unzulässig und wurde deshalb auch nicht zur Abstimmung zugelassen. Der Bevollmächtigte Osten (sowohl die der Verbandsvorsitzende Gerhardt wiesen die Unzulässigkeit des Antrages nach und zeigten gleichzeitig, mit welchen Mitteln die Ausgeschlossenen im Auftrage der A.P.D. gegen die Gewerkschaft vorzugehen. Daß es sich lediglich um eine im Auftrage der A.P.D. ausgeführte Aktion handele, geht aus dem Schreiben des Hegenbart an den Bevollmächtigten hervor. Er, Hegenbart, habe die in der öffentlichen Versammlung angenommene Entschädigung von der A.P.D. erhalten und, nach Annahme durch die Versammlung, wieder an die A.P.D. zurückgeschickt. Der Bevollmächtigte müsse sich an die A.P.D. wenden, wenn er den Vorfall der Entschädigung kennen wolle.

Diese und ähnliche Dinge sprechen deutlich genug, wie die Ausgeschlossenen zur Organisation stehen. Über die A.P.D. hatte befohlen. Eine zwar kleine, aber desto launere Minderheit machte fortwährend Nöhen. Schließlich bildete sich auf Verabredung ein Stütztrupp, holte die vor dem Saaleingang wartenden Ausgeschlossenen und drang mit diesen gewaltsam in den Saal.

Großer Tumult. Ein Ueberfallkommando erscheint. Die Versammlungsleitung, die das Ueberfallkommando nicht gerufen hatte, lehnte dessen Hilfe ab. Besonders mit Rücksicht auf die zahlreich anwesenden weiblichen Mitglieder wollte man die von den Hörigen der A.P.D. gesuchten Gewalttätigkeiten vermeiden. Die Versammlung wurde geschlossen.

Außer den Ausgeschlossenen gibt es offenbar noch einige Mitglieder, die ihrer Mitgliedschaft im Verband der Sattler überdrüssig sind. Für die Zukunft wird jedenfalls Vorsorge getroffen werden, daß auch auf dem Wege der Gewalt niemand in die Versammlung hineinkommt, der dort nichts zu suchen hat. Die Hege gegen die Gewerkschaft wird nur von draußen betrieben werden können.

Gestern noch auf stolzen Rossen...

Niederlage der Opposition bei den Legilarbeitern.

Auch die Berliner Legilarbeiter haben endlich die kommunistischen Propagandareisenden satt. In der Gruppe, die von dem nordostdeutschen Tarif umfaßt wird, war es der sogenannten Opposition im vergangenen Jahr möglich, ihre Anhänger bei der Wahl der Gruppenleitung und der Delegierten durchzubringen. Von diesen kam damals ein Teil nicht zur Ausübung ihrer Funktionen, weil sie als Frischkorpsmitglieder noch nicht die vorgeschriebene Zeit dem Deutschen Legilarbeiter-Verband angehört, die notwendig ist, um an Stellen mitzumachen, die über das Wohl und Wehe der Berliner Legilarbeiter mitzubestimmen haben.

Zur Neuwahl der Gruppenleitung und der Delegierten am 20. Januar hatte die kommunistische „Opposition“ alles, was sich zu ihnen schlug, auf die Beine gebracht, und ach, es war nur ein klägliches Häuflein. Die Gesichter der „Revolutionäre“ wurden immer länger, als sie beim Verlesen der Stimmzettel hören mußten, daß die große Mehrheit der Nordostdeutschen Gruppe sich von ihren patetischen Redensarten nicht mehr ins Schlepptau nehmen läßt, sondern auf dem Boden der gewerkschaftlichen Arbeit steht. Alle Kandidaten der Unionsdammer Richtung wurden mit großer Majorität gewählt.

Die neugewählte Gruppenleitung und die Delegierten setzen sich aus freien Gewerkschaftern zusammen und wollen nachhergehende gewerkschaftliche Arbeit leisten. Waren die Anhänger der Opposition bei der Wahl von ihrer Niederlage so überrascht, daß ihnen die Sprache wegfiel, so betrieben sie bei dem Vortrag des Kollegen Schäfer, der über „Wirtschaftsnot und Legilarbeiterarbeit“ sprach, wieder ihre alte Taktik, durch proklamatorische Zwischenrufe die Versammlung zu stören. Ein paar Prosakateure brachten es dann auch fertig, da sie durch die Dummheit des Versammlungsleiters nicht um dem Saal gewiesen wurden, die Versammlung vorzeitig zum Abschluß zu bringen.

Berliner Legilarbeiter und -arbeiterinnen, beweist auch weiter durch eure Tätigkeit, daß der oppositionelle Wirzen in euren Reihen nicht mehr blüht, daß ihr Schluß machen wollt mit den Zerstörern der gewerkschaftlichen Arbeit.

W.D. Brunsenbühl Freitag, 19. Uhr, im Lokal „Kaiser“, Gutfeldstraße 14. Versammlung aller W.D. - Genossen und Kampfgefährten. Wichtige Tagesordnung. Es ist Pflicht aller Genossen zu dieser Versammlung zu erscheinen. Der Aktionsausschuß.

Arbeitsamt Nord Donnerstag, 16. Uhr, im Lokal „Sportplatz“, Steinbühnenstr. 78. Wichtige Versammlung aller Parteigenossen. Genosse Benninghoff wird über: „Die Wirtschaftslage und ihre Auswirkung auf den Arbeitsmarkt“. Ausführliche Referat über den Arbeitsmarkt.

W.D. - Fraktion des Mitteldeutschen Tisch- und Schneidhandels und der Tischlerinnern. Freitag, 19. Uhr, im Lokal von Tisch. Tischler Str. 27. Wichtige Parteiversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt erforderlich. Mitteilungsblatt mitbringen. Der Aktionsausschuß.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Mittw. 19. Uhr, tagen die Gruppen: Eichen, Schöneberg, Prenzlauer Berg, Mitte, Köpenick, Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Wedding, Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Mitte, Köpenick, Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Wedding, Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Mitte, Köpenick, Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Wedding, Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittw. 19. Uhr, tagen die Gruppen: Eichen, Schöneberg, Prenzlauer Berg, Mitte, Köpenick, Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Wedding, Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Mitte, Köpenick, Charlottenburg, Wilmersdorf, Spandau, Wedding, Neukölln, Tempelhof, Kreuzberg.

STAATL. FACHINGEN

Hellwirkend!

Fachinger Versandtlo, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 5166-61

Defizit und Sozialversicherung.

Angestelltenversicherung und Reichsrent.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und deren Verwaltungsausschüsse für Haushalt und Rechnung sowie für Heilverfahren wenden sich einstimmig gegen den aus der Presse bekannt gewordenen Plan, zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung Mittel der übrigen Zweige der Sozialversicherung heranzuziehen. Die Rücklagen der Angestelltenversicherung seien zur Deckung der laufenden Renten und der erworbenen Anwartschaften bestimmt und nötig. Die Selbsttragfähigkeit der Angestelltenversicherung wäre nicht mehr gewährleistet, wenn ihre Rücklagen für fremde Versicherungszwecke angegriffen werden. Der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte würde damit auch die Möglichkeit gerührt, ihre Rücklagen weiterhin zweckgemäß langfristige der Wirtschaft, insbesondere der Förderung des Wohnungsbaus, zur Verfügung zu stellen.

Die Landesversicherungsanstalten dürften kaum eine andere Haltung einnehmen. Für die Invalidenversicherung besteht noch viel weniger eine Möglichkeit, sich auf das Experiment einer Gefahrengemeinschaft zugunsten der Arbeitslosenversicherung einzulassen.

Die Krise im Baugewerbe.

Aber Bauarbeiter erhalten keine Krisenunterstützung.

Die baugewerblichen Arbeitersverbände: Bauarbeiterverband, Zentralverband der Zimmerer, Dachdeckerverband, Steinmetzverband, Malerverband, Zentralverband der Tischlerinnen und Heizer und Christlicher Bauarbeiterverband haben eine gemeinsame Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, worin die Zulassung der baugewerblichen Arbeiter zur Krisenunterstützung gefordert wird. Die Bauarbeiter sind von der Krisenunterstützung während der Zeit der beruflichen Arbeitslosigkeit ausgeschlossen. Dieser Zustand hat bereits im Winter 1928/29 die Bauarbeitergruppen schwer benachteiligt, im jetzigen Winter ist er völlig unhaltbar geworden.

Die Not unter der Bauarbeiterschaft ist tiefengradig. Die Eingabe der Verbände beweist das mit erschütternden Tatsachen. Die Konjunktur in den Sommermonaten war erbärmlich schlecht. Unerwartete Rückschläge konnten infolgedessen nicht abgemildert werden. Nur in einem einzigen Monat des vergangenen Jahres — im Juli — war die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes bis auf weniger als 10 Proz. gesunken; im Juli und August betrug sie 10 Proz., im April hatte sie noch 20 Proz. betragen und im Oktober war sie bereits wieder auf 17 Proz., im November schon auf 22 Proz. gestiegen.

Dabei hätten bei normaler Wirtschaftslage auch ein Winter wie dem letzten die Bauarbeiter mit der Salärne gesucht werden müssen, um die im Winter verfallene Arbeit nachzuholen. Die Arbeitslosenziffern im April und Mai zeigten jedoch, daß nichts versäumt war, denn es lagen gar keine Aufträge vor. Wie der Bundesvorsitzende des Bauarbeiterverbandes in einer besonderen Erhebung feststellte, hatten von 443 104 Mitgliedern, gleich 60,1 Proz. der gesamten Mitgliedschaft des Bundes, 44 844 oder 10,1 Proz. am 1. Dezember bei etwaiger Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und 50 943 (gleich 13,5 Proz.) hatten in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember keine 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung finden können. Fast 70 000 Mitglieder mußten sich mit weniger als 26 Wochen Beschäftigung in 11 Monaten begnügen. Beinahe traurig liegen die Verhältnisse bei den übrigen baugewerblichen Arbeiterverbänden. Hier ist Hilfe, und zwar rasche Hilfe geboten.

Keine Ausgleichsquittungen geben!

Tariffreue der Zwischenmeister.

Schon seit langer Zeit erklären die Zwischenmeister bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß unter allen Umständen die letzte Hand auch den ihr zustehenden Lohn für ihre Arbeitsleistung erhalten müsse. Ganz anders betont dies der Berliner Vorstand des Zentralverbandes der Holzgewerbetreibenden für das Damenschneidergewerbe Deutschlands bei allen Verhandlungen und ganz besonders nach in der letzten Woche. Ein Unbeseitigter muß, wenn er die Vertreter dieser Organisation hört,

zu der Auffassung kommen, daß es für die Arbeiter keine bessere Interessensvertretung geben kann, als die Zwischenmeister.

Dieselben Zwischenmeister empfehlen aber schon seit dem vorigen Jahre ihren Kollegen ein Formular für die Personal-Kartothek, das — nach ihrer Auffassung — so gut mit der Tariffreue in Einklang zu bringen ist, daß es in keinem, auch nicht in dem kleinsten Betriebe, fehlen darf. Auf diesem Formular sollen die Personalien des Arbeiters aufgenommen, die Lohn- und Steuerbeiträge eingetragen werden usw. Dann heißt es zum Schluß: „Arbeitsordnung, Arbeitszeit von ... bis ... Gegenseitige Kündigung findet nicht statt.“

Dieses Formular besteht aber eine einseitige Kündigung. In verkleinerter Druckform heißt es dann weiter: „Meine Invalidenrente, Steuerkarte, Arbeitsbescheinigung sowie meinen Restlohn habe ich heute erhalten, irgendwelche Ansprüche habe ich nicht mehr.“ Dahinter: Datum und Unterschrift.

Der „Bormärkte“ hat schon des Öfteren und auch in den letzten Tagen vor diesen Ausgleichsquittungen gewarnt. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß derartige Revoere besonders klein gedruckt sind, wodurch diese leider sehr oft übersehen werden.

Nur durch den letzten Zusammenbruch in der freigewerkschaftlichen Organisation kann ein derartiges Vorgehen unmöglich gemacht werden. Die Antwort auf diese „fortschrittliche“ Einseitigkeit der Berliner Zwischenmeister muß lauten: „Keinerlei Unterschriftsleistung! Verlangt eure tariflichen Rechte, zeigt den sich mit dem sozialen Wandel umhängenden Zwischenmeistern, daß ihr eure Rechte mahrt. Gebt eurer Organisation, dem Deutschen Belfeldarbeiter-Verband, Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38 (Sprechzeit 9 bis 13 Uhr und außerdem jeden Freitag von 17 bis 18 1/2 Uhr), von allen Vorcommittees bei den Zwischenmeistern Kenntnis, damit dieselben unterbunden werden.“ Dann wird auch in der Tariffreue der Zwischenmeister eine Änderung eintreten!

Ford will das Beispiel geben.

Freitagsgewohnheit und 16 bis 24 Mark Lohn pro Tag.

Köln, 21. Januar. (Eigenbericht.)

In einer Unterredung eines Vertreters der „Kölnischen Zeitung“ mit dem Generaldirektor Heine der deutschen Ford-Gesellschaft äußerte sich dieser über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der in Aussicht genommenen Kölner Ford-Fabrikation u. a.: „Es ist ebenfals möglich, daß wir mit nur 800 Mann Beschäftigung beginnen, und wir nicht gleich zu Anfang 1500 einstellen werden. Auf jeden Fall werden wir jedem Arbeiter einen Mindestlohn von 16 Mark am Tage zahlen, steigend bis 24 Mark täglich. Es stimmt auch, daß wir in unserem Kölner Betriebe die 5-Tage-Arbeitswoche einführen werden (40 Arbeitsstunden in der Woche).“

Also Ford will nunmehr seine seit langem gemachte Ankündigung verwirklichen und in Europa dieselben Reallohne zahlen, die die Fordarbeiter in Amerika erhalten. Die vorstehend angeführten Löhne liegen nicht unbedeutend unter den in Detroit gezahlten Nominallohnen. Immerhin: Freitagsgewohnheit und Wochenlöhne von 80 bis 120 Mark — Ford wird unter den qualifiziertesten Arbeitern wählen können.

A.P.D. sprengt Gewerkschaftsversammlungen.

Gewaltmethoden gegen den Sattlerverband.

Am Dienstagabend fand die Jahresversammlung der Branche der Tapezierer im Sattlerverband statt. Obermeister: Sie sollte stattfinden. Infolge der Gewalttätigkeiten der Mitglieder der A.P.D., denen ihre politische Hörigkeit lieber ist als ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit, mußte die Versammlung geschlossen werden, ehe sie eigentlich richtig begonnen hatte.

Wie erinnertlich waren die Mitglieder der A.P.D. Hegenbart, Buitkau und Fleischer, Mitglieder der Tapeziererbranche des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers, aus diesem ausgeschlossen worden, weil sie sich die Beschlüsse des kommunistischen Gewerkschaftskongresses zu eigen und für sie in einer öffentlichen Versammlung Propaganda gemacht hatten. In der Branchenversammlung der Tapezierer am Dienstag wurde der